



- **Antifeminismus**
- **Queerfeindlichkeit**

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**März
2025**

Antifeminismus und Queerfeindlichkeit

- 3 **DGB und Einzelgewerkschaften in tiefer Trauer**
von Dorothea Weniger
- 4 **GEW Bayern weist politisch motiviertes Berufsverbot zurück!**
von Martina Borgendale und Florian Kohl
- 5 **Antifeministische Angriffe auf Bildung**
von Juno Grenz
- 7 **Antifeministische und queerfeindliche Einflüsse auf Soziale Arbeit**
von Dr.ⁱⁿ Katrin Degen und Len Schmid
- 9 **Schutz vor sexualisierter Gewalt im Internet – eine Frage der Verantwortung**
von Miriam Zwicknagel
- 11 **Die Gier nach Einfluss, Macht und Profit verstellt den Blick auf Frieden**
Interview mit Eva Maria Volland und Heidi Meinzolt von Dorothea Weniger

Was es sonst noch gibt

- 13 **Bayerische Schulleitungen über dem Limit**
von Martina Borgendale, Florian Kohl, Angelika Altenthan und Markus Weinberger
- 14 **„Schämt euch, schämt euch!“**
von Dorothea Weniger
- 15 **Was und wer steckt hinter der „GegenUni“?**
von Emil Kronawitter
- 17 **Berichte**
- Neuwahlen im GEW-Bezirk Schwaben
 - Konstituierende Sitzung des Landesausschusses Queer
 - GEW München unterschreibt offenen Brief gegen Queerfeindlichkeit
 - Gelungener Protest verzögert AfD-Parteitag
 - GEW und Wissenschaft diskutieren über Klassismus
 - Die GEW verlässt die Plattform X
 - Forschungsverbund gegen Rechtsextremismus hat seine Arbeit aufgenommen
- 20 **Nachruf auf Günther Schedel-Gschwendtner**
- 21 **Nachruf auf Karin Just**

Rubriken

- 22 **Veranstaltungen**
- 23 **Geburtstage und Jubiläen**
- 24 **Kontakte**

Ausblick auf die nächsten DDS-Ausgaben (Arbeitstitel): DDS 4/2025 Frauen auf dem Weg zur Gleichstellung, DDS 5/2025 Sport, DDS 6/2025 Künstlich imitierte Intelligenz

Hinweis der DDS-Redaktion: Sicher macht ihr vor Ort immer wieder einmal Veranstaltungen und Aktionen. Bitte denkt daran, uns danach einen kurzen Bericht mit druckfähigem Foto zu mailen.

Telefonische Rechtsberatung für Mitglieder erfolgt nach Terminvereinbarung.

Dazu bitte eine E-Mail senden unter Angabe der eigenen telefonischen Erreichbarkeit und kurzer Schilderung der Angelegenheit – nötige Unterlagen im PDF-Format anfügen.

E-Mail: rechtsstelle@gew-bayern.de
Tel.: 089 544081-14

Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter gew-bayern.de/anmeldung selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.

Wir sind traurig – Diese DDS ist unter sehr traurigen Umständen entstanden. Unsere Kollegin, Freundin und DDS-Layouterin Karin Just ist am 25. Januar unerwartet verstorben (siehe S. 21 f.). Ihr zu Ehren verwenden wir im Hauptteil dieser DDS vor allem Fotos von ihr. Haben wir kein Foto gefunden, fehlt auf den entsprechenden Seiten die Bebilderung.

Unser Dank gilt dem Team der „druckwerk“-Druckerei, das auch mit Karin befreundet war und ohne Zögern angeboten hat, diese DDS nicht nur zu drucken, sondern auch zu setzen.

von Dorothea Weniger

Aktuelle Informationen zu den TVöD-Verhandlungen

Wenn ihr diese DDS in den Händen haltet, läuft parallel dazu gerade die dritte TVöD-Verhandlungsrunde oder sie liegt bereits hinter uns (14.-16. März 2025). In dieser Runde werden oder wurden wichtige Weichen gestellt.

Alle Informationen dazu und Antworten auf die Frage, wie es weitergeht, findet ihr hier:

GEW-Homepage: gew.de/mehr

Homepage der GEW Bayern: www.gew-bayern.de/mehr

Instagram: [@gew_bund](https://www.instagram.com/gew_bund) und [@gewbayern](https://www.instagram.com/gewbayern)

Facebook: [@gew.diebildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/gew.diebildungsgewerkschaft) und [@gewbayern](https://www.facebook.com/gewbayern)

Eure GEW Bayern

Aufruf zur Wahl der Mitarbeitervertretungen

ve – Zwischen 1. März und 20. Juni 2025 finden in den Betrieben katholischer Träger wieder die Wahlen zur Mitarbeitervertretung (MAV) statt. 265 Kolleg*innen der GEW Bayern sind dort beschäftigt, sei es bei der Caritas oder einem ihrer Fachverbände, im Pfarrkindergarten oder an einer Schule in katholischer Trägerschaft.

Auch wenn die Mitbestimmungsrechte der MAV immer noch Luft nach oben haben, können engagierte Mitarbeitervertreter*innen viel bewegen. Ein Beispiel dafür ist die MAV der Barmherzige Brüder Behindertenhilfe gGmbH im oberpfälzischen Reichenbach. Sie erhielt vom DGB Bayern im Dezember 2024 für ihr Engagement den bayrischen Mitbestimmungspreis (vgl. Bericht in der DDS 1-2/2025, S. 19). Geht wählen, im besten Fall eine*n GEW-Kolleg*in, und sorgt so für eine starke MAV!

Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern
Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810

E-Mail: info@gew-bayern.de • [facebook.com/GEWBayern/](https://www.facebook.com/GEWBayern/)

Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger (*dw*), Neumarkter Str. 22, 81673 München

E-Mail: dorothea.weniger@gew-bayern.de

Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Manuel Bühlmaier (*mb*), Verena Escherich (*ve*), Isabelle Haque (*ih*), Petra Nalenz (*pn*), Gele Neubäcker (*gn*), Magdalena Siebert (*ms*), Magnus Treiber (*mt*), Chrissi Wagner (*cw*), Wolfram Witte (*ww*)

Gestaltung: druckwerk GmbH

Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt) Titel: GEW, Montage Karin Just

Druck: druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 089 5029994

Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München

☎ 089 5029994, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.

Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

Die DDS und alle darin enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Die Vervielfältigung, der Nachdruck und die Nutzung der Inhalte ist nur mit schriftlicher Genehmigung der GEW Bayern erlaubt.

DGB und Einzelgewerkschaften in tiefer Trauer:

**Wir denken an die Opfer, an ihre Angehörigen
und Freund*innen.**

**Wir bleiben solidarisch und lassen uns nicht
spalten.**

Am Donnerstag, den 13. Februar, zog im Rahmen eines Warnstreiks in München ein Demonstrationszug mit Mitgliedern unserer Schwestergewerkschaft ver.di zum Königsplatz. Ein 24-jähriger Mann fuhr mit seinem Auto in diese Demonstration und verletzte dabei zahlreiche ver.di-Kolleg*innen und ihre Kinder, viele von ihnen sehr schwer. Wir beklagen zwei Tote, eine Mutter mit ihrem Kind.

Hierzu erklärte Bernhard Stiedl, Vorsitzender des DGB Bayern: „Die Nachricht vom Tod eines zweijährigen Kindes und seiner 37-jährigen Mutter, unserer Kollegin, macht uns unendlich traurig und fassungslos. Zwei unschuldige Menschen haben durch diesen grausamen Anschlag ihr Leben verloren – ein Verlust, der nicht in Worte zu fassen ist. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen, die das Unvorstellbare durchstehen müssen, sowie bei allen Verletzten, die weiterhin um ihre Genesung kämpfen.“

Neben DGB und all seinen Einzelgewerkschaften drückte auch der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) sein Mitgefühl aus: „Meine Gedanken sind bei der Familie der Ermordeten und ihren Verwandten und Freunden. Die Mutter war eine städtische Mitarbeiterin. Sie und ihre

Tochter wurden ermordet, als sie für ihre gewerkschaftlichen Rechte auf die Straße gegangen ist. Der Schmerz ist nicht in Worte zu fassen. Wir werden der Familie alle nur erdenkliche Unterstützung in dieser düsteren Zeit anbieten.“

Wir lassen uns nicht spalten!

Eine politische Auswertung soll in den Gewerkschaften und beim DGB noch stattfinden. Gleichzeitig sprachen sich bereits sehr viele Funktionär*innen, Kolleg*innen und ihre Organisationen gegen jegliche Instrumentalisierung der schrecklichen Tat aus. Dies wurde notwendig, nachdem Medienvertreter*innen und Politiker*innen bereits kurz nach der Tat Lügen in die Welt setzten, sich fremdenfeindlich äußerten und das Gewaltverbrechen für ihren politischen Wahlkampf nutzten, indem sie nach weiteren Verschärfungen im Asylgesetz und vermehrten Abschiebungen nach Afghanistan riefen. Maike Finnern dazu: „Als Vorsitzende der GEW will ich eines ganz klar machen: Es ist unerträglich, dass rechte Kräfte nun versuchen, das schreckliche Verbrechen für ihre rassistische Agenda zu instrumentalisieren. Wir stehen für eine offene und pluralistische Gesell-

schaft: Wir sind bunt und vielfältig und viele von uns haben eine Migrationsgeschichte. Wir stehen zusammen in Solidarität und wir lassen uns nicht spalten!“ Ähnlich äußerten sich auch dazu der DGB und seine Einzelgewerkschaften.

Maike Finnern stellte abschließend klar: „Wir stehen solidarisch und zusammen an der Seite unserer Kolleg*innen von ver.di. Die Menschen, die in München und auch in anderen Städten zusammengekommen sind, haben ihr demokratisches Grundrecht ausgeübt und für ihre Anliegen gestreikt und demonstriert. Unsere gemeinsamen Forderungen in der aktuell laufenden Tarifrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) aber auch in anderen Bereichen sind berechtigt. Wir werden weiter dafür einstehen und zu Kundgebungen und Warnstreiks aufrufen. Wir werden und müssen weiterhin in der Öffentlichkeit zusammen für unsere Forderungen sichtbar sein.“

von Dorothea Weniger

GEW Bayern weist politisch motiviertes Berufsverbot zurück!

Es geht durch alle Medien: Lisa Poettinger, eine prominente Stimme der Klimaproteste in Bayern, soll der Zugang zum zweiten Ausbildungsabschnitt der Lehrkräfteausbildung verweigert werden. Das Kultusministerium begründet dies unter anderem mit ihrer politischen Aktivität – eine Entscheidung, die die GEW Bayern als massiven Eingriff in das Grundrecht auf freie Berufswahl kritisiert.

In Bayern erfolgt das Referendariat für das Lehramt ausschließlich im Beamt*innenstatus. Dafür prüft das Kultusministerium die fachliche und charakterliche Eignung der angehenden Referendar*innen, unter anderem über einen „Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue“. Lehramtsanwärter*innen müssen darin bestätigen, dass sie keiner der aufgelisteten über 150 aus Sicht der bayerischen Staatsregierung extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen angehören. Das „Offene Antikapitalistische Klimatreffen München“, bei dem Lisa Poettinger aktiv ist, steht auf dieser Liste. Unter anderem deshalb möchte das Kultusministerium ihr den Eintritt ins Referendariat verweigern.

Der Fragebogen muss weg

Der genannte Fragebogen existiert nur in Bayern und erinnert an die Zeit der Berufsverbote in den 1970er- und 1980er-Jahren im Rahmen des „Radikalenerlasses“. Die damit verbundene damalige Regelanfrage beim Verfassungsschutz schaffte Bayern erst 1991 als letztes Bundesland offiziell ab, doch den Fragebogen gibt es bis heute.

Hegt der bayerische Staat in Bezug auf eine Bewerbung Zweifel daran, dass die Person jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung eintritt, fragt er beim Landesamt für Verfassungsschutz nach. Ein Vorgehen, das die Richter*innen des Bundesverfassungsgerichtes schon in einem Beschluss vom 22. Mai 1975 (2 BvL 13/73) kritisch sahen. Sie stellten fest, dass eine solche Verwertung von nicht allge-



Auf einer Pressekonferenz (PK) in München am Freitag, den 31. Januar 2025, forderten Ruben Hagspiel (links), Vater eines Kindes in dem Waldkindergarten, in dem Lisa Poettinger als Kinderpflegerin arbeitet, Charlie Settie (2. v. l.), Vertreterin* für das Offene Antikapitalistische Klimatreffen in München, Adelheid Rupp (2. v. r.), Rechtsanwältin, und Siri Schultze (rechts), Geschäftsführerin der GEW München, das Ausbildungsrecht und damit die Zulassung zum Referendariat für Lisa Poettinger (3. v. r.). Kerem Schamberger (3. v. l.) moderierte die PK.

mein zugänglichen „Erkenntnissen“ bei der Frage einer Zulassung zum Vorbereitungsdienst unverhältnismäßig sein kann. Sie würde zudem die politische Atmosphäre vergiften, das Vertrauen nicht nur der Betroffenen in die Demokratie irritieren und den freiheitlichen Staat diskreditieren.

Wir meinen, dass diese Einschätzung auch für den „Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue“ gilt, denn auch hier wird auf „Erkenntnisse“ des Verfassungsschutzes zurückgegriffen. Er ist unverhältnismäßig und vergiftet die politische Atmosphäre. Der Fragebogen ist ein Relikt aus einer vergangenen Zeit, den es in keinem anderen Bundesland gibt, und gehört endlich abgeschafft!

Kein Ausbildungsverbot für Lisa

Wenn Lisa Poettinger das Lehramtsreferendariat nicht absolvieren darf, würde das einen gravierenden Eingriff in ihre Lebensplanung bedeuten, denn der Staat hat beim Lehramtsreferendariat das Ausbildungsmonopol. Versagt er den Eintritt in ein Referendariat, kommt dies einem Ausbildungsverbot gleich, denn Lisa kann dann ihre Ausbildung als Lehrerin ohne Referendariat nicht beenden. Und ohne abgeschlossene Ausbildung kann sie später auch nicht als grundständig ausgebildete

Lehrkraft an einer kommunalen oder privaten Schule arbeiten. Damit ist ihr Grundrecht auf freie Berufswahl laut Artikel 12 Absatz 1 Grundgesetz stark eingeschränkt.

Lisa Poettinger ist Mitglied der GEW. Die GEW Bayern wird sie deshalb im anhängigen Verwaltungsverfahren mit Rechtsschutz unterstützen. Das Verfahren ist noch offen. Wir fordern aber schon jetzt das Kultusministerium auf, Lisa zum Referendariat zuzulassen. Das bayerische Schulsystem hält auch kritische Stimmen aus. Und Meinungsvielfalt ist eine Bereicherung, keine Gefahr.

von **Martina Borgendale**

GEW-Landesvorsitzende
Foto: Ludwig Olah



und

Florian Kohl

stellvertretender
GEW-Landesvorsitzender



Anm. der Redaktion: Ausführliche Informationen zum drohenden Berufsverbot für Lisa Poettinger findet ihr hier: berufsverbote.de

Antifeministische Angriffe auf Bildung



Foto: Karin Just
Dieses Foto von Karin entstand am 21. Januar 2024 bei der Demo gegen rechts in München. Geschätzte 320.000 Menschen setzten damals ein starkes Zeichen gegen den Rechtsruck in Deutschland.

Wie in vielen europäischen Ländern wird seit gut zehn Jahren auch in Deutschland gegen die Thematisierung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in Bildungskontexten mobilisiert. Eine Strategie dabei ist, Geschlechter- und Sexualitätsfragen ins Private der Familienerziehung zu verschieben und somit aus der öffentlichen Bildung auszuschließen. Zudem sollen über rechte Erziehungsratgeber autoritäre Erziehungskonzepte wiedereingeführt werden.

Beim sogenannten Kampf „gegen Gender“ wird alles von Geschlechterforschung über Sexualpädagogik bis Gleichstellungspolitik undifferenziert als vermeintliche „Genderideologie“ bekämpft. Inzwischen ist dieser Antifeminismus ein weltweites Phänomen. In Deutschland ist er von Beginn an eng mit Bildungsfragen, insbesondere die allgemeinbildenden Schulen betreffend, verknüpft. So markieren u. a. die Angriffe auf den baden-württembergischen „Bildungsplan 2015“ den Beginn der „Anti-Gender“-Bewegung. Die selbsternannten „Besorgten Eltern“ organisierten zunächst die Demonstrationen dagegen, doch schon bald rief das Bündnis „Demo für Alle“, das im

Zuge der Proteste gegründet wurde, dazu auf.¹

Kampf „gegen Gender“ und Antifeminismus

Die Bezeichnung des Phänomens als Antifeminismus mag zunächst überraschen. Sie richtet aber den Blick darauf, dass der Kampf gegen die Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse keineswegs neu ist. Antifeministische Bewegungen lassen sich bis ins Kaiserreich zurückverfolgen. Auch wenn heute „gegen Gender“ mobilisiert wird und augenscheinlich weniger Frauen- als vielmehr Homo- und Transfeindlichkeit im Vordergrund stehen, so ist die Strategie dahinter in vielerlei Hinsicht gleich: Die heteronormative und patriarchale Gesellschaftsordnung soll aufrechterhalten bzw. es soll zu einer binären Ordnung zurückgekehrt werden, nach der es ausschließlich heterosexuelle Männer und Frauen gibt und Männer den Frauen übergeordnet sind. Den sogenannten „Anti-Genderismus“ verstehe ich daher als moderne Spielart des Antifeminismus und diesen als Versuch, „die Aushandlung über die Gestaltung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse dem demokratischen Diskurs zu

entziehen“². Antifeminismus stellt somit eine extrem rechte Ungleichheitsideologie dar, die eng mit anderen Ungleichheitsideologien wie Rassismus und Antisemitismus verschränkt ist und auf Frauen- und Queerfeindlichkeit basiert.

Sprachlosigkeit mit System

Antifeministische Mobilisierung arbeitet häufig mit Desinformation und Verschwörungserzählungen. Haltlose Behauptungen einer angeblich drohenden „Gender-Diktatur“ oder bevorstehenden „Frühsexualisierung“ lassen viele verstummen. Diese Sprachlosigkeit ist aber keineswegs ein individuelles Phänomen. Systematisch werden die Grenzen des Sagbaren verschoben. „Wir versuchen, die Grenzen des Sagbaren auszuweiten“, formulierte Alexander Gauland 2017 das Ziel der AfD. In der Debatte um den „Bildungsplan 2015“ wurde dies besonders deutlich. Die Debatte wurde durch Angriffe auf die geplante Verankerung von „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ als Bildungsziel im Bildungsplan ausgelöst. Von rechts wurde dieses Bildungsziel mit falschen Behauptungen und Bedrohungsszena-

rien verknüpft, sodass „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ schließlich nicht mehr eingefordert werden konnte, ohne gleichzeitig zu beteuern, dass

- es dabei nicht um die Thematisierung von sexuellen Praktiken geht,
- Queerness nicht in die eigene Lebensweise übernommen werden muss,
- Eltern weiterhin ihre Kinder erziehen dürfen und sollen,
- die Wissenschaftsorientierung nicht aufgegeben wird,
- Kinder nicht überwältigt und indoktriniert werden,
- Grundrechte wie Meinungs- und Gewissensfreiheit geachtet werden.

Trotz alledem tauchte die Formulierung „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ im verabschiedeten Bildungsplan nicht mehr auf.³

Genderfragen als Erziehungsfragen

Im Zuge der Strategie, alle Geschlechter- und Sexualitätsfragen ins Private der Familienerziehung zu verschieben, wird immer wieder auf das im Grundgesetz verankerte Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder verwiesen. Dabei wird nicht selten aus Art. 6 Abs. 2 des Grundgesetzes zitiert: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“ Weiter heißt es dort aber auch: „Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“ Nur in der gemeinsamen Betrachtung der beiden Sätze wird deutlich, dass hier ein Spannungsverhältnis zwischen elterlichem Erziehungsrecht einerseits und öffentlicher Erziehung und Bildung von Kindern andererseits eingelagert ist. Öffentliche Schulen haben einen Bildungs- und Erziehungsauftrag. In den Angriffen gegen die Thematisierung von geschlechtlich und sexuell vielfältigen Lebensweisen in der Schule wird dieses Spannungsverhältnis aber einseitig aufgelöst: Schule sei nur für Bildung, Familie für Erziehung, also auch für Geschlechter- und Sexualitätsfragen, zuständig.

Der Faktor „neoliberale Bildung“

Inzwischen widmen sich Akteur*innen des sogenannten „Neuen Rechts“ auch der Ausgestaltung dieser

Familienerziehung. Sie veröffentlichen zunehmend konkrete Erziehungstipps und -ratgeber für Eltern, insbesondere für Mütter. Diese bedienen ein autoritäres Erziehungsideal, demzufolge es sich bei Manipulation, Zwang und Gewaltanwendung um geeignete Erziehungsmethoden handelt. Binär und heterosexuell männliche und weibliche Identifikationen stellen ein zentrales Ziel dar.

Die Trennung von Bildung und Erziehung hat darüber hinaus eine lange, frauen- und queerfeindliche Tradition. Verstärkt wird sie in jüngerer Zeit auch durch die Ökonomisierung von Bildung. Spätestens seit den 1990er-Jahren wird Bildung zunehmend zu einem wirtschaftlichen Gut, das es zu erwerben gilt, um sich später besser verkaufen zu können. Neoliberale Wettbewerbslogiken strukturieren das Geschehen innerhalb von Bildungseinrichtungen, lassen diese aber auch untereinander zunehmend in Konkurrenz treten und so wird „[d]ie Wahl der ‚richtigen Grundschule‘ oder des ‚richtigen Kindergartens‘ ... vor allem für Eltern der oberen sozialen Milieus zunehmend bedeutsam“⁴.

Damit wird der Bildungsbegriff zunehmend aufgewertet, während der Erziehungsbegriff vernachlässigt oder gar abgewertet wird. Dieses neoliberale Prinzip macht ihn besonders anfällig für antifeministische und neurechte Besetzungsstrategien.

Demokratieverpflichtende Bildung und Erziehung

Vor dem Hintergrund dieser antifeministischen, autoritären und demo-

kratiefeindlichen Entwicklungen stellt eine „Pädagogik vielfältiger Lebensweisen“⁵ eine demokratische Notwendigkeit dar. Es gilt also, demokratieverpflichtende Verständnisse von Bildung und Erziehung weiter zu entwickeln und an einem mündigkeitsorientierten Erziehungsbegriff festzuhalten, der das Ziel verfolgt, dass „Auschwitz nicht noch einmal sei“⁶.

von Juno Grenz

Erziehungswissenschaftlerin an der Europa-Universität Flensburg
Schwerpunkte: u. a. antifeministische Mobilisierungen und neurechte Aneignungsversuchen des Pädagogischen
Titel ihrer Dissertation: Bildung in Zeiten von Antifeminismus; erscheint im Sommer/Herbst 2025 im Budrich-Verlag
Eine Langversion dieses Artikels inklusive Literaturliste findet ihr hier: gew-bayern.de/mitgliederzeitschrift-dds

- 1 Zu den aktuellen Aktivitäten der „Demo für Alle“: Vgl. Artikel von Katrin Degen, Len Schmid in dieser DDS-Ausgabe auf Seite 6
- 2 Henninger, Annette (2020): Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial? In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hg.): Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial? Bielefeld: transcript, S. 10
- 3 Die gleiche Strategie mit gleichem Ergebnis verfolgte die „Demo für Alle“ auch in Bayern, als die „Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen“ 2015/16 verhandelt wurden.
- 4 Walgenbach, Katharina (2019): Einleitung. In: Walgenbach, Katharina (Hg.): Bildung und Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Zur neoliberalen Neuordnung von Staat, Ökonomie und Privatsphäre. Frankfurt, New York: Campus, S. 19
- 5 Hartmann, Jutta (2002): Vielfältige Lebensweisen. Dynamisierungen in der Triade Geschlecht – Sexualität – Lebensform. Kritisch-dekonstruktive Perspektiven für die Pädagogik. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- 6 Adorno, Theodor W. (1966): Erziehung nach Auschwitz. In: Adorno, Theodor W. (1971/2020): Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969. 28. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 88

Anzeige



**Klinik am
Leisberg
BADEN-BADEN**





Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

Gunzenbachstr. 8
76530 Baden-Baden

www.leisberg-klinik.de

Antifeministische und queerfeindliche Einflüsse auf Soziale Arbeit



Foto: Karin Just

Organisierte Antifeminist*innen versuchen auf verschiedenen Wegen Einfluss auf die Soziale Arbeit zu nehmen. Einerseits bekämpfen sie emanzipatorische und menschenrechtsorientierte Angebote, um damit Gleichstellungserfolge und -bestrebungen zurückzudrängen. Andererseits versuchen sie eigene sozialarbeiterische Angebote zu etablieren, um so „Gegenentwürfe“ bereitzustellen – auch in Bayern.

„Kinder im Visier von Porno, Trans und Co“ lautete der Titel des Symposiums der antifeministischen „Demo für Alle“ im November 2024.¹ Die Initiative, die sich 2014 formierte², legt ihren Fokus seit jeher auf Queerfeindlichkeit und Antifeminismus. Auf dem Symposium referierten und vernetzten sich verschiedene Akteur*innen. Auch Mitglieder der extrem rechten „Die Heimat“ (ehemals NPD) gaben an, vor Ort gewesen zu sein.

Vereinnahmung von Sozialarbeit

Eine der Referent*innen auf dem Symposium war Tabea Freitag. Sie tritt häufig als Vertreterin der „Initiative Mediensucht Return“ auf.³ In dieser Funktion verfasste sie das Sexualerziehungsbuch „Fit for love?“ mit verschiedenen Übungen für Lehrkräfte und Sozialarbeiter*innen als eine Art Gegenentwurf zur sexuellen Bildung der Vielfalt, z. B. in Schulen oder Jugendzentren. Darin warnt sie davor, dass Ehe und Familie sowie Liebe und Liebespartnerschaften „ins Visier von Gender-Wächtern“⁴ geraten würden.

Solche antifeministischen Gegenentwürfe zu emanzipatorischer Sozialer Arbeit bedienen überwiegend drei Säulen: die „Beratungsarbeit“, die „Sexualerziehung“ und die „Jugendarbeit“. Jugendarbeit, die von Antifeminist*innen angeboten wird, lässt sich vor allem an

den Aktivitäten selbsternannter Lebensschützer*innen, wie der Jugendorganisation der „Aktion Lebensrecht für Alle“ (Alfa), der „Jugend für das Leben“, beobachten. Diese bietet auch Schulbesuche an, um mit Schüler*innen zum Thema „Lebensrecht“ ins Gespräch zu kommen.⁵ Außerdem versuchen diese Organisationen Beratungssuchende im Kontext der Schwangerschafts(konflikt)beratung zu beeinflussen. Das wohl bekannteste Beispiel ist hier der Verein „1000plus“ mit dem Beratungsangebot „Pro femina“. „Pro femina“ ist ausschließlich spendenfinanziert und gibt an, Fachkräfte zu beschäftigen.⁶

Eine neue Betätigungsform antifeministischer Akteur*innen ist die „Begleitung“ und/oder „Beratung“ queerer Jugendlicher. Das Symposium der „Demo für Alle“ im November 2024 scheint der Start für die Erweiterung der Kampagne „Kein Mädchen“ gewesen zu sein. Die „Demo für Alle“ sammelte monatelang Gelder für die

Plattform „keinmaedchen.de“. „Kein Mädchen“ richtet sich insbesondere an trans Jungen und junge trans Männer und legt diesen nahe: Sie seien keine Jungs, nur bestimmte Einflüsse würden sie dazu bringen, dass sie sich als trans wahrnehmen.⁷ Kein Einzelfall: Die geschlechtliche Selbstbestimmung ist derzeit das wichtigste Mobilisierungsthema der organisierten Antifeminist*innen. Themen wie der sogenannte „Lebensschutz“ oder auch Homofeindlichkeit treten dagegen aktuell in den Hintergrund.

Angriffe auf Soziale Arbeit

Die „Demo für Alle“ war es auch, die den sogenannten „Trans-Leitfaden“⁸ für Münchner Schulen leakte und somit einen anhaltenden Shitstorm gegen die Herausgeber, das Referat für Bildung und Sport, die Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ*, die Gleichstellungsstelle für Frauen sowie die Fachstelle für Demokratie der Stadt München, mit Iostrat. Mit solchen Aktionen steht die „Demo für Alle“ allerdings nicht alleine da. Einrichtungen und Angebote der Sozialen Arbeit, die sich transinklusiv äußern, erleben regelmäßig Angriffe von antifeministischen Akteur*innen. So auch das „Frauenhaus Heidelberg“, das die AfD-Fraktion Baden-Württemberg aufgrund ihrer transinklusiven Ausrichtung als „Hort linker Umerziehung“ bezeichnete.⁹ Auch die CDU/CSU forderte im Dezember 2024 den Ausschluss von trans Frauen aus Frauenzufluchtsstätten und bediente damit ebenfalls das rechte Narrativ der trans Frau als „Gefährder in Frauenkleidung“.¹⁰ In diesem Licht ist es nicht verwunderlich, dass vor allem Angebote für queere Menschen immer wieder ins Visier antifeministischer und queerfeindlicher Akteur*innen geraten. So beschmierten sie auch die Fassaden der Räume des Schwulen Kommunikations- und Kulturzentrums München (Sub) und des Lesbisch-Queeren Zentrums München (LeZ) im August 2024 mit Morddrohungen.¹¹ In beiden Einrichtungen sind auch Sozialarbeiter*innen beschäftigt.

Die Heftigkeit antifeministischer und queerfeindlicher Angriffe auf die Soziale Arbeit belegen auch diverse Studien. So zeigen die Ergebnisse einer Studie zu politischen Interventionen gegen die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA),

dass vor allem die Angebote mit unterschiedlichen Formen der Einflussnahme durch politische Vertreter*innen – allen voran durch die AfD – konfrontiert sind, die im „weitesten Sinne als ‚emanzipationsfördernd‘, ‚progressiv‘ und ‚parteilich‘ beschrieben werden“¹², also auch die OKJA mit queeren Kindern und Jugendlichen. Ihr wird vorgeworfen, politisch nicht neutral zu agieren. Gemeint ist damit allerdings nicht, dass Fachkräfte ihrer Verpflichtung zu Unparteilichkeit und Gerechtigkeit nicht nachgekommen wären, sondern dass sich diese nicht wertegerleitet verhalten und erst recht nicht „gegen rechts“ äußern sollen. Tun sie dies doch, werden sie als „links“ oder gar „linksextrem“ diskreditiert. Auf dieser Grundlage verlangen AfD-Abgeordnete oft die Beendigung der Finanzierung in Kommunal- und Landtagen – ein Vorgehen, das schon manches Mal, mitgetragen von anderen Parteien, erfolgreich war. Dies verunsichert viele Fachkräfte und kann dazu führen, dass diese aufgrund „vorausseilenden Gehorsams“ weniger Angriffsfläche bieten wollen – also dringend benötigte emanzipatorische und menschenrechtsorientierte Angebote abbauen. Auch die häufig von der AfD eingereichten „Kleinen Anfragen“ in Landtagen und im Bundestag zur Finanzierung und Ausgestaltung von emanzipatorischen und queersensiblen Angeboten der Sozialen Arbeit (z. B. im Mai 2024 zum geplanten „Bayerischen Aktionsplan ‚queer“¹³) zielen auf diese Form der Verunsicherung ab.

Ein letztes, aber nicht abschließendes Beispiel antifeministischer und queerfeindlicher Einflüsse auf die Soziale Arbeit ist das in Bayern seit April 2024 geltende Verbot gendergerechter Schreibweisen in staatlichen Behörden. In Schulen, Arbeitsämtern, Sozial- oder Ausländerämtern angestellte Sozialarbeiter*innen sind verpflichtet, sich an diese Vorgabe zu halten. Ihnen wurde damit eine Möglichkeit der inklusiven Angebotsgestaltung genommen. Gegen den Erlass formierte sich großer Widerstand – auch aus den Reihen der Sozialen Arbeit.¹⁴

Nicht per se gut, aber mit guten Anliegen

Trotz der Vereinnahmungsversuche der Sozialen Arbeit ist diese kein „kollektives Opfer“ antifeministischer und queerfeindlicher Ideologie, denn

grundsätzlich versteht sich Soziale Arbeit als diskriminierungssensibel und menschenrechtsorientiert. Solche ethischen Richtlinien bestehen aber nicht im luftleeren Raum. Sie müssen im Alltag gelebt werden. Soziale Arbeit, die ihren politischen Auftrag ernst nimmt, die sich für die Gleichheit aller einsetzt, muss laut sein. Wir müssen geschlossen gegen solche Vereinnahmungsversuche auftreten und uns hinter die Organisationen, Angebote und Fachkräfte stellen, die von Angriffen bedroht sind. Nur so können wir dem Anspruch, eine „Profession der Menschenrechte“ zu sein, gerecht werden.

von Dr.ⁱⁿ Katrin Degen

wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt RESAG – Forschungsverbund ForGeRex TH Nürnberg Georg Simon Ohm Kompetenzzentrum Gender & Diversity



und

Len Schmid

Sexualwissenschaftler*in und Sozialarbeiter*in, Mitglied im FemPi-Netzwerk

- 1 demofueralle.de/2024/07/11/einladung-zum-symposium-am-9-november-im-raum-stuttgart
- 2 Artikel von Juno Grenz in dieser DDS-Ausgabe auf Seite 4
- 3 Fachstelle Mediensucht Return, Button „Kontakt“: return-mediensucht.de/kontakt
- 4 Freitag, Tabea (2015): Fit for love? Praxisbuch zur Prävention von Internet-Pornografie-Konsum. Fachstelle Mediensucht Return, S. 33
- 5 jugend.alfa-ev.de/vortraege
- 6 Pro-femina-Abtreibungstest: profemina.org/de-de/abtreibungstest
- 7 keinmaedchen.de/fragen. Eine investigative Recherche zur Plattform veröffentlichte das WTF-Bündnis bereits 2023. whatthefuck.noblogs.org/recherche-keinmaedchen
- 8 Trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Schüler*innen an den Münchner Schulen. Vgl. pi-muenchen.de und Bericht in dieser DDS auf S. 16
- 9 afd-fraktion-bw.de/pressemitteilung/frauenhaus-heidelberg-vergisst-schutzauftrag
- 10 Gewaltschutzgesetz. Union fordert Ausschluss von trans Frauen aus Frauenhäusern. queer.de v. 9.12.2024
- 11 Mordaufrufe an queere Kulturzentren gesprayed. queer.de v. 5.8.2024
- 12 Schuhmacher, Nils/Schwerthelm, Moritz/Zimmermann, Gillian (2021): Stay with the trouble: politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Tübingen: Verlag Burkhard Fehrlin, S. 33
- 13 Bayerischer Landtag 19. Wahlperiode (2024): Drucksache 19/1864 v. 17. 5.2024
- 14 DBSH Bayern: Positionspapier zur geschlechtergerechten Sprache. bayern.dbsh.de/veroeffentlichungen.html v. 17.12.2023

Schutz vor sexualisierter Gewalt im Internet – eine Frage der Verantwortung



Foto: Karin Just

Das Thema „Schutz vor sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ ist allgegenwärtig. Dabei wird auch immer mehr der digitale Raum mitbedacht. In beiden Fällen geht es um die Fragen: Wie kann man Kinder und Jugendliche davor schützen? Wer ist dafür verantwortlich? Ein erster Einstieg in ein weites Feld.

Sprechen wir von sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend, sprechen wir von einer noch immer am stärksten tabuisierten Form von Gewalt. Auch wenn es eine spürbar wachsende gesellschaftliche Sensibilität für das Thema gibt, bleiben nach wie vor und insbesondere bezüglich des digitalen Raums noch große Unsicherheiten. Zu diffus, zu unübersichtlich, zu unkontrollierbar erscheint der digitale Raum oft.

Dennoch brauchen Kinder und Jugendliche gerade dort Schutz. Auch

wenn mittlerweile die meisten Kinder schon sehr früh mit digitalen Geräten und Zugängen aufwachsen und technisch gesehen in vielerlei Hinsicht Expert*innen in eigener Sache sind, können sie sich im Netz niemals vor Täter*innen selbst schützen. Dafür braucht es nach wie vor sensibilisierte Erwachsene, also auch Lehrkräfte, Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe, Eltern, Trainer*innen etc., die dafür sorgen, dass das Internet für Kinder und Jugendliche ein möglichst sicherer Ort ist.

Dabei geht es nicht darum, das Nutzungsverhalten von Kindern und Jugendlichen bei jeder Gelegenheit zu überwachen und zu tracken. Oder gar im Klassenraum die Social-Media-Profile der Schüler*innen per Beamer an die Wand zu projizieren und an diesen mögliche Gefahrenquellen zu erklären. Es geht auch nicht darum, Kinder und

Jugendliche mit allen Mitteln vom digitalen Raum möglichst fernzuhalten, um sie vermeintlich zu schützen. Es geht vielmehr darum, Kindern und auch Jugendlichen einen guten und kompetenten Umgang mit digitalen Medien beizubringen und sich als Ansprechpartner*in für den digitalen Raum anzubieten. Das Netz ist mittlerweile von der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen nicht mehr wegzudenken – dementsprechend muss der Kinderschutz auch dort mitbedacht werden. Ein erhobener Zeigefinger oder der permanente Hinweis auf die Gefahren im Netz sind meist keine guten Parameter, um bei Kindern und Jugendlichen Vertrauen aufzubauen. Es braucht eine gute Balance zwischen einem positiven Blick auf die Nutzung des Internets und der Achtung der Kinderrechte im Netz. Dabei darf eine klare Positionierung zu den Gefahren im Netz nicht fehlen.

Wissen hilft

Um als vertrauensvolle Ansprechperson fungieren zu können, sind unter anderem ein spezifisches Wissen über und ein Nachvollziehen des Nutzungsverhaltens von Kindern und Jugendlichen im digitalen Raum notwendig. Auch wenn zu Beginn des Grundschulalters eher noch ein konsumierendes und spielerisches Nutzungsverhalten zu beobachten ist, sind die Übergänge hin zum partizipierenden Nutzungsverhalten auf Social-Media-Kanälen und in der Gamingwelt im Laufe der Entwicklung von Kindern fließend. So kann es sein, dass Kinder bereits mit Inhalten im Netz konfrontiert werden, die für ihre Entwicklung schädlich und überfordernd sein können. Werbungen für Sextoys, Pop-ups für Pornoseiten sowie eine nach wie vor stark sexualisierte Darstellung von Mädchen* und Frauen* begegnen vielen Kindern bereits ab dem Grundschulalter. Um sexualisierter Gewalt im Netz vorzubeugen, braucht es also eine Sensibilisierung für das Thema. Diese muss mit Beginn der Nutzung digitaler Zugänge greifen und nicht erst ab dem Eintritt in weiterführende Schulen oder bei Erhalt des ersten eigenen Smartphones.

Ein grundsätzliches Problem bei der Prävention ist die Ambivalenz zwischen dem gesellschaftlichen Bewusstsein darüber, dass Kinder und Jugendliche unbedingt vor sexualisierter Gewalt geschützt werden müssen, und der Frage nach Verantwortung und Zuständigkeit. Vor allem tabuisierte Themen führen häufig zu Unsicherheiten und der Sorge, etwas falsch zu machen. Doch Kinderschutz geht uns alle an und es braucht ein Bündnis aller! Sensibilisierte Eltern, die bereits kleinen Kindern einen geschützteren digitalen Raum durch die Vermittlung von entwicklungsentsprechenden Medienkompe-

tenzen und Schutzmaßnahmen, wie z. B. digitale Einstellungen zum Schutz der Privatsphäre, Blocker für diverse Seiten, Einrichten von Kinderinternetseiten etc., schaffen, bewirken ebenso viel wie kompetente Erwachsene, die sich auch außerhalb der Familie des Kinderschutzes im digitalen Raum annehmen. So können Kinderrechte, die Wahrung von Grenzen, der respektvolle Umgang miteinander und nach und nach die Gefahren im Netz Teil des medienpädagogischen Unterrichts sein. Auch auf politischer Ebene und bei der Entwicklung von Apps muss die Verantwortung für den Kinderschutz im digitalen Raum mitbedacht und weiterentwickelt werden.

Prävention ist eine Haltungsfrage

Grundsätzlich lassen sich viele Präventionsmaßnahmen aus dem analogen Bereich auf den digitalen Bereich übertragen. So spielt z. B. eine Grundhaltung gegen Sexismus und patriarchale Strukturen und **für** die Rechte der Kinder ebenso eine wichtige Rolle wie die Ansprechbarkeit und das Intervenieren vonseiten eines sensibilisierten Umfelds. Auch wenn es letztlich leider keinen 100-prozentigen Schutz gibt, kann eine grundsätzliche Haltung ein tragendes Fundament für den Kinderschutz darstellen. Bezogen auf den digitalen Raum benötigt das Umfeld der Kinder und Jugendlichen dennoch an einigen Stellen auch ein spezifisches Wissen.

Neben der ungewollten Konfrontation mit Bildern oder Videos im Klassenchat sowie auf diversen Internetseiten geht es vor allen Dingen um einen kompetenten Umgang mit sexualisierter Gewalt im digitalen Raum. Unter anderem suchen Täter*innen gezielten Kontakt in Onlinegames oder auf Social Media, um Vertrauen zu Kindern und Jugend-

lichen aufzubauen und im Laufe des Anbahnungsprozesses sexuelle Grenzüberschreitungen auszuüben. Dabei ist es wichtig zu wissen, dass viele der Täter*innen den Kindern und Jugendlichen auch aus dem analogen Bereich bekannt sein können und der digitale Raum für einen intensiveren Vertrauensaufbau, Austausch von Geheimnissen, für erste Erfahrungen, Aufforderungen zu ersten Nacktfotos etc. genutzt wird.

Es ist die Verantwortung aller

Kinder und Jugendliche können sich in Bezug auf mediale sexualisierte Gewalt, die auch auf bewussten Strategien der Täter*innen beruht, nicht allein schützen. Sie brauchen Infos und Vertrauenspersonen, an die sie sich wenden können, wenn sie ein komisches Gefühl haben oder es bereits zu sexuellen Grenzüberschreitungen im Netz kam. Neben Gesprächen und einer altersgerechten Thematisierung im Unterricht können auch Flyer und/oder Plakate auf den Schultoiletten nützlich sein. Ebenso können medienpädagogische Angebote auf Ferienfreizeiten oder in den Social-Media-Kanälen zielführend für den Kinderschutz im Netz sein. Und darüber hinaus kommt auch Eltern eine wichtige Vorbildfunktion zu. Alle müssen mitwirken, damit Kinderschutz im Netz gut funktionieren kann.

Auf die Frage, wie sexualisierter Gewalt im Netz vorgebeugt werden kann, gibt es viele Antworten. Grundsätzlich geht es um eine offene Thematisierung, offene Gespräche und um das Zeigen von Haltung. Es geht um Aufklärung und die Übernahme von Verantwortung. Es geht vor allem um ein Nichtwegducken, auch wenn der digitale Raum oft diffus und unüberschaubar wirkt. Prävention heißt auch, Dinge zu bewegen – im Unterricht, auf Freizeiten, zu Hause, überall – auch im digitalen Raum.

Pressemitteilungen der GEW Bayern seit Januar 2025

- Sprachtests statt Unterstützung: Schulpsycholog*innen sollen einspringen – auf Kosten der Kinder! – PM 1 v. 9.1.2025
- Bayerische Schulleitungen über dem Limit: Sie gehen viel zu oft krank in die Schule – PM 2 v. 22.1.2025
- Die GEW Bayern lädt gemeinsam mit ihren Bündnispartnern zur Fachtagung „Gemeinsam in Vielfalt lernen“ am 15. Februar 2025 in Dachau ein – PM 3 v. 29.1.2025
- GEW Bayern: Politisch motivierte Berufsverbote weisen wir entschieden zurück! – PM 4 v. 30.1.2025
- GEW Bayern: Hunderte klagen gegen Verbot von Zivilklauseln an Hochschulen und gegen Bundeswehr im Klassenzimmer – PM 5 v. 5.2.2025

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: gew-bayern.de

von Miriam Zwicknagel

Pädagogin, B. A., Mitarbeiterin bei AMYNA e. V. Referentin und Fortbildnerin zur Prävention von sexuellem Missbrauch in Kindheit und Jugend für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Schulen und zur Entwicklung von Schutzkonzepten



Die Gier nach Einfluss, Macht und Profit verstellt den Blick auf Frieden



Bereits 1915 gründeten Frauen auf einem Kongress die „Women’s International League for Peace and Freedom“ (WILPF).

Vom 22. bis 24. November 2024 fand in München die letztjährige WILPF-Europa-Konferenz statt, die die Münchner Ortsgruppe der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) organisierte. Dorothea Weniger von der DDS-Redaktion sprach mit Eva Maria Volland (Foto), ehemalige Gymnasiallehrerin, Mitglied der GEW und der IFFF, Dozentin in der Erwachsenenbildung und Expertin für Frauengeschichte, sowie mit Heidi Meinzolt (Foto), ebenfalls ehemalige Gymnasiallehrerin, langjähriges Mitglied der IFFF/WILPF mit Verantwortung auf europäischer und internationaler Ebene. Heidi arbeitete auch an der Resolution 1325 zur Umsetzung der Frauen-Frieden-Sicherheitsagenda in Deutschland mit und ist Koordinatorin einer Frauenarbeitsgruppe im OSZE-Raum.

DDS: IFFF blickt auf eine lange Geschichte zurück. Wann und warum gründeten Frauen die Frauenliga?

Heidi: Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), englisch Women’s International League for Peace and Freedom (WILPF), wurde bereits 1915, also vor über 100 Jahren, gegründet. Damals versammelten sich 1.136 Delegierte aus 13 Ländern in Den Haag, unter ihnen 28 Friedensaktivistinnen aus Deutschland. Sie forderten ein so-

fortiges Ende des Ersten Weltkrieges sowie Frauenrechte, insbesondere das Frauenwahlrecht. In zwanzig Resolutionen erarbeiteten sie Prinzipien und Zielsetzungen einer Frauen-Friedensbewegung.

Wenn ihr zurückblickt, was sind für euch die wichtigsten „Meilensteine“ seit Gründung der IFFF?

Eva Maria: Zukunftsweisende Beschlüsse befassten sich z. B. mit der strikten Anerkennung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung und der Einrichtung von Schiedsgerichten zur Austragung internationaler Streitigkeiten. Zentrale Anliegen waren außerdem Vereinbarungen zur weltweiten Abrüstung und die Beteiligung von Frauen an allen politischen Entscheidungen. Diese Forderungen waren radikal und visionär und sind – abgesehen von der Einführung des Frauenwahlrechts –



Eva Maria Volland



Heidi Meinzolt

bis in die Gegenwart nicht erfüllt, also nach wie vor höchst aktuell.

Ziel der Friedensaktivistinnen war ein dauerhafter Friede – vor allem mit Blick auf die fürchterlichen Auswirkungen von Kriegen auf die Frauen in aller Welt. Auf dem Weg dorthin bekämpften sie die Ursachen von Gewalt und Krieg im Dreieck von Patriarchat, Militarismus und Kapitalismus. Sie entwickelten Strategien für Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Respekt für ein menschenwürdiges Leben für alle. Unter anderem forderten sie die Abschaffung der militaristischen Erziehung und des Kriegsspielzeugs sowie die Einrichtung von Friedenslehrstühlen.

Gehen wir in die neuere Geschichte. An welchen Themen arbeitet IFFF gerade?

Heidi: Drei Faktoren, **Schutz, Partizipation** und **Prävention**, finden sich seit dem Jahr 2000 in der Frauen-Frieden-Sicherheitsagenda der Vereinten Nationen, in den entsprechenden Resolutionen und Aktionsplänen wieder. Sie werden von lokalen, regionalen und internationalen Initiativen und Organisationen in der praktischen Friedensarbeit genutzt.

In Bezug auf das Thema **Schutz** betonten die Gründungsmütter, dass insbesondere „Frauen im Krieg niemals geschützt werden können“. Daraus folgerten sie, dass Wege zum Frieden begangen werden müssen: Abrüstung, ein Verständnis von gemeinsamer Sicherheit, die Ausbildung und Förderung der Gewaltlosigkeit sind dabei die Grundpfeiler. Patriarchale Strukturen, Rassismus, Ausbeutung und Kolonialismus galt und gilt es zu überwinden. Leider müssen wir feststellen, dass weltweit die beharrenden Kräfte und Strukturen sehr stark sind und derzeit zum Teil ein Rollback stattfindet – schlimm vor allem für Frauen.

Eva Maria: Die Forderung nach **Partizipation**, also nach umfassender Beteiligung von Frauen an allen (Friedens-)Verhandlungen und demokratischen Prozessen, ist ein zentrales Anliegen der Liga. Wir können mit Fug und Recht behaupten, dass Frauen nicht nur ein Anrecht auf diese Mitsprache haben, sondern dass die Welt anders aussehen würde, wenn Frauen in allen Organisationen und auf allen Ebenen mehr Einfluss hätten. Der Kampf darum bleibt allerdings zäh, weil Männer eine Beeinträchtigung ihrer Machtstellung

fürchten und emanzipatorische Ansätze zu verhindern bzw. auszubremsen wissen. Dennoch gibt es in manchen Bereichen Fortschritte.

Und wie sieht es mit der Prävention aus?

Eva Maria: „Die Wirtschaft muss den Bedürfnissen der Menschen dienen und nicht denen des Profits und der Privilegien“, forderten die Gründungsfrauen in einem Plädoyer zur **Prävention**. Sie schlugen einen antikapitalistischen, antinationalen und grenzüberschreitenden Weg der Vertrauensbildung und der Solidarität vor. Diese Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem war verpönt und brachte die Frauen auch immer wieder in Schwierigkeiten. Aber es liegt auf der Hand und wird derzeit wieder besonders deutlich, dass ein ungezügelter Kapitalismus den Menschen und der Umwelt schadet und dass Frauen unter Kriegen und Umweltzerstörung besonders zu leiden haben. Der Kampf für den Frieden ist eng verbunden mit dem Kampf um ein solidarisches Wirtschaftssystem, das sich der Naturzerstörung entgegenstellt.

Im November 2024 fand in München die WILPF-Europa-Konferenz statt. Welche wichtigen Themen standen auf der Tagesordnung?

Heidi: IFFF/WILPF ist weltweit in Sektionen organisiert. In Europa gibt es derzeit zehn Sektionen in Deutschland, Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Italien, Schweiz, Spanien und Österreich sowie einige internationale Mitglieder z. B. aus Serbien und Belarus, die mit den Sektionen eng zusammenarbeiten. Dazu gibt es zahlreiche Netzwerke, z. B. im OSZE-Raum, in der Friedensbewegung, in feministischen Netzwerken und linken Zusammenhängen.

Der Krieg in der Ukraine hat in den europäischen Sektionen – wie in anderen Organisationen der Friedensbewegung auch – zu Auseinandersetzungen über Wege zum Frieden geführt. Es konnten aber durchaus Konsenslösungen gefunden werden, die auf wilpf.de nachzulesen sind. Die Palästinasolidarität ist in machen Sektionen stärker ausgeprägt als z. B. in Deutschland, aber auch hier konnte in der Verurteilung von Gewalt und der Forderung nach einem Ende der Besatzung weitgehend ein Konsens erreicht werden. Einigkeit bestand über die Notwendigkeit eines sofortigen Waffenstillstands und der

unerlässlichen Suche nach Lösungen für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina. Entscheidend war der Besuch zweier Frauen aus dem Libanon, die die Diskussion bereicherten, sowie von Mitgliedern aus der jungen afghanischen Diaspora und einiger Kurdinnen.

In den Münchner Diskussionsrunden ging es zudem um den weiterhin erforderlichen Widerstand gegen die Atomwaffenpolitik, um das weltweit an Vehemenz zunehmende Thema der Gewalt gegen Frauen und um Positionierungen zu internationalen Frauenrechtskonventionen. Darüber hinaus standen der weltweite Umgang mit Geflüchteten und die Frage einer menschenwürdigen Welcome-Politik auf der Agenda.

Weltweiter Friede scheint heute so weit wie schon lange nicht mehr entfernt zu sein. Die politischen Machtblöcke werden neu austariert. Was können Frauen dem entgegenzusetzen?

Eva Maria: Die nächsten Jahre werden sehr entscheidend sein für die Frage, ob es gelingt, der Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten ein Leben in Würde und Sicherheit zu ermöglichen. Derzeit sieht es nicht danach aus. Zu stark sind die zerstörerischen Kräfte, die primär die Ausbeutung von Mensch und Natur vorantreiben. Die Gier nach Einflussphären, Macht und Profit verstellt ihnen den Blick auf das eigentlich Notwendige. Es muss gelingen, diejenigen Kräfte zu stärken, die sich für die Menschenrechte und gegen den Klimawandel engagieren. Hier spielt der Kampf um den Frieden eine große Rolle. Krieg bedeutet Vernichtung und Gefährdung von Menschenleben, Hunger und Vertreibung, Zerstörung der Natur und Verschwendung von Ressourcen.

Die Internationale Frauenliga will einen Beitrag zur weltweiten Friedensfähigkeit leisten, denn das ist die einzige Überlebenschance, die wir als Menschheit haben.

Liebe Eva Maria, liebe Heidi, vielen Dank für das Gespräch.

Kontakt: meinzolt@wilpf.de

Homepage: wilpf.de

Bayerische Schulleitungen über dem Limit

Die GEW Bayern schrieb letzten Herbst 5.900 Schulleitungen in Bayern an und bat alle Schulleitungsmitglieder, an einer wissenschaftlichen Studie zur psychosozialen Belastung am Arbeitsplatz teilzunehmen. 700 Schulleitungsmitglieder beantworteten unsere Onlineumfrage.

Der zugrunde gelegte anonymisierte Fragebogen ist ein wissenschaftlich erprobtes Instrument zur Messung psychischer Belastungen im Arbeitskontext. Die Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften (FFAW) führte die Befragung im Auftrag der GEW durch. In Hamburg und Rheinland-Pfalz fand die Studie bereits im Frühjahr 2023 statt. Im Herbst 2024 nahmen neben Bayern auch die GEW-Landesverbände Hessen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Schleswig-Holstein daran teil. Weitere Bundesländer folgen im Frühjahr, sodass am Ende Daten von insgesamt 14 Bundesländern vorliegen werden.

Ergebnisse

Besonders besorgniserregend ist der extrem hohe Wert für „Präsen-tismus“. Schulleitungen gehen trotz Krankheit häufig in die Arbeit, vor allem an Grund- und Mittelschulen, wo der Lehrkräftemangel besonders hoch ist. Der Wert liegt bei den Schulleitungen sogar noch signifikant über dem Wert der Lehrkräfte, wo er im Vergleich zu anderen Berufsgruppen ebenfalls schon sehr hoch ist.

80 Prozent der Schulleitungen geben darüber hinaus an, dass sie oft oder immer den ganzen Tag in hohem Tempo arbeiten, und 70 Prozent halten selten oder nie ihre Pausenzeiten ein. Diese Entgrenzung der Arbeit ist ähnlich hoch wie bei Lehrkräften und im Vergleich zu anderen Berufen mehr als doppelt so

hoch. Da ist es kein Wunder, dass bei Schulleitungen auch Burn-out-Symptome deutlich häufiger auftreten.

Der Arbeitgeber ist gefordert

Es ist Aufgabe des Arbeitgebers, die Gesundheit des Personals zu schützen. Dabei gelten die Arbeitsschutzgesetze für alle Beschäftigten, auch für Schulleitungen. Hier fehlen Gefährdungsbeurteilungen, die der Arbeitgeber regelhaft durchführen muss, um die gesundheitlichen Gefahren zu ermitteln und Maßnahmen zu ergreifen, die die Gesundheit des Personals schützen. Das bayerische Dienststellenmodell, das auf betriebsärztliche und arbeits-sicherheitstechnische Fachkräfte vor Ort sträflich verzichtet, spart hier auf Kosten der Gesundheit der schulisch Beschäftigten.

Die Überlastung der Schulleitungen wirkt sich auch auf den Unterricht negativ aus. So beantworteten 82 Prozent den Punkt „Meine Leitungsaufgaben geben Freiraum für gründliche Vor- und Nachbereitung meines Unterrichts“ mit „trifft nicht zu“ oder „trifft wenig zu“. Zur Entlastung sollten Schulleitungen deshalb noch stärker von ihrer Unterrichtsverpflichtung befreit werden, insbesondere an den Grund- und Mittelschulen, wo ihr Anteil am Unterricht besonders hoch ist.

Schulleitungen leiden auch unter hohen emotionalen Anforderungen und einem signifikant höheren Wert bei dem Punkt „Emotionen verbergen“. Der Freistaat als Arbeitgeber steht hier in der Pflicht, diese psychischen Belastungen systematisch zu erfassen, denn es kann nicht sein, dass Schulleitungen für den Arbeitsschutz des inneren Schulbetriebes zuständig sind, sich aber niemand um sie kümmert.

Im Vergleich zu Referenzgruppen

aus anderen Berufen sind die Werte zu den beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten, der Verbundenheit mit dem Arbeitsplatz, beim Faktor der möglichen Einflussnahme auf die Arbeit dagegen positiv. Dies gilt auch für die Antworten auf die Frage zur Ausstattung und zu den Räumlichkeiten.

Abschließend liegen uns auch 322 Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitssituation und zur Attraktivitätssteigerung von Führungspositionen an der Schule vor. Daraus werden wir Maßnahmen zur Entlastung der Schulleitungen erarbeiten und mit diesen dann an das Kultusministerium und das für die Gesundheit der Lehrkräfte zuständige Arbeitsmedizinische Institut AMIS herantreten.

von
Martina Borgendale

GEW-Landesvorsitzende



Florian Kohl

stellvertretender GEW-Landesvorsitzender Mitglied im Hauptpersonalrat



Angelika Altenthan

Mitglied im Hauptpersonalrat



und

Markus Weinberger

Mitglied im Hauptpersonalrat



„Schämt euch, schämt euch!“



Demonstriert wurde nicht nur in München. In Passau gingen ca. 1.500 Menschen für Demokratie und gegen einen Schulterchluss mit der AfD auf die Straße. Foto: Lynn Ries

Dieser Sprechchor war einer von vielen, die am Mittwoch, den 29. Januar vor der CSU-Zentrale in München nach einer unsäglichen Abstimmung im Bundestag lautstark zu hören waren. Laut Veranstalter machten mit diesem und vielen anderen Sprechchören 10.000 Bürger*innen deutlich, dass sie den Schulterchluss von CDU/CSU, FDP und AfD im Bundestag als überaus verwerflich einstufen. Für die politische Zäsur sorgte Friedrich Merz mit der CDU/CSU und der FDP, nachdem er sehenden Auges und ohne Not seinen 5-Punkte-Plan zur Verschärfung der Migrationspolitik, der weder gesetzgeberische Folgen hat noch eine bindende Handlungsanweisung für die Regierung darstellt, mit den Stimmen der AfD durchbrachte. Beteiligt an dem politischen Desaster war auch die bayerische CSU mit dem Ministerpräsidenten Markus Söder, der Merz nach heftiger Kritik sofort zur Seite sprang.

Andreas Schmal, Geschäftsführer der DGB-Region Niederbayern, sieht in einem Schreiben an Gewerkschafter*innen in diesem Politikverhalten ein weiteres alarmierendes Zeichen: „Es geht indirekt auch um zukünftige Angriffe auf uns als Gewerkschaften.“ Schmal erkennt ein Muster in dem Verhalten von Merz, das sich nun beliebig wiederholen lässt. „Wenn dieses

Muster Schule macht, werden auch wir Ziel von solchen kompromisslosen Forderungen werden. Eine Einschränkung des Streikrechts, wie von der Union zunehmend vertreten, durch Zwangssch-

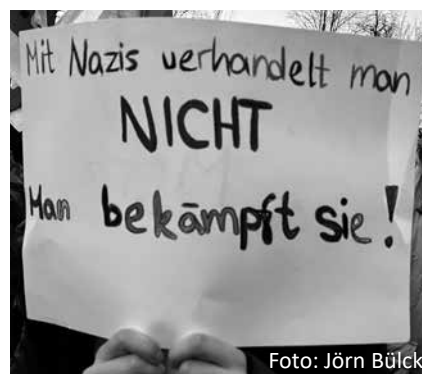


Foto: Jörn Bülick



Lea Dahms, Mitglied des GEW-Landesvorstandes, sprach in Passau über den Tabubruch, den die CDU provoziert und in Kauf genommen hat.

lichtungen oder Ankündigungsfristen vor Streiks? Mit der AfD jederzeit zu haben. Eine Ausweitung von Arbeitszeiten auf 12 Stunden am Tag? Von der Union gefordert, mit der AfD jederzeit zu haben. Eine Einschränkung der Rechte von Betriebsräten? Auch das ginge.“

Auf die Kungelei zwischen Konservativen und extremer Rechter haben auch der DGB Bund und der Landesverband Bayern reagiert. Die DGB-Stellungnahme „Für Demokratie, Rechtsstaat und Menschlichkeit! Gegen Populismus und Spaltung!“ findet ihr hier: kurzlinks.de/zcyq

Den offenen Brief des DGB Bayern an den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder hier: kurzlinks.de/guo2

von Dorothea Weniger



10.000 Menschen demonstrierten vor der CSU-Zentrale in München gegen die Zusammenarbeit von Union und AfD und ihre gravierenden Folgen. Foto: Jörn Bülick

Was und wer steckt hinter der „GegenUni“?



Foto: Karin Just

„Lange vor den Erfolgen der NSDAP hatte der Nationalsozialistische Studentenbund bereits die Universitäten in der Hand“, schrieb Martin Sellner in einem Artikel aus dem Jahr 2021. Darin beklagt sich der österreichische Rechtsradikale auch darüber, dass rechte Akademiker*innen ihre Studienfächer nach dem Primat des später zu erwartenden Verdienstes auswählen. Es sei jedoch erforderlich, dass sie ihr „genetisches Privileg“ auch im Sinne der Sache, also im Sinne des metapolitischen Kampfes um die kulturelle Hegemonie stellen. Diese Idee einer rechten Aneignung des italienischen Kommunisten Antoni Gramsci stammt freilich nicht von Sellner selbst. Schon der französische Vordenker der Neuen Rechten Alain de Benoist propagierte in seinem Buch „Kulturrevolution von rechts“ die Notwendigkeit der kulturellen Hegemonie zur Etablierung der faschistischen Ideologie im gesamtgesellschaftlichen Diskurs und im Alltagsdenken. Sellner lobt in seinem Artikel in großen Tönen besonders ein Projekt, die sogenannte „GegenUni“. Doch was steckt dahinter?

Die „GegenUni“ begann ihre öffentliche Arbeit im Sommer 2021. Den Marktschreier für diese neurechte E-Learning-Plattform gibt das ehemalige Links-Partei-Mitglied Erik Ahrens. Zu ihrer Gründung sprach die „GegenUni“ von deutschen Hochschulen als „Zwingburgen des antideutschen ideologischen Staatsapparates“. Demgegenüber solle sich junges und gefährliches Denken entwickeln, um den Kampf um Universität und Vaterland aufnehmen zu können.

Themen und „Lehrende“

Heute sind die Töne sanftmütiger geworden, die Inhalte jedoch sind es nicht. Wer die Website der „GegenUni“ aufruft, kann sodann für 8,25 Euro im Monat Mitglied der „widerständigen Elite“ werden. Die „GegenUni“ bietet laut Eigenangaben derzeit über 50 Kurse an. Auf der Website werden vier Kurse herausgestellt: „Geopolitik“, „Chinas Aufstieg im 21. Jahrhundert“, „Das Nibelungenlied“ und eine Einführung in „Die Konservative Revolution“. Zur „Geopolitik“ referiert der Theologe und Politologe Dr. Felix Dirsch. Dieser veröffentlicht hier und da Artikel, vor allem

in christlich-katholischen Zeitschriften. Dabei macht er sich insbesondere für eine Verbindung von katholischer Glaubenslehre und rechten konservativen Ideenwelten stark. In den wenigen im Netz zugänglichen Artikeln Dirschs betont er immer wieder die Bedeutung der christlich-abendländischen Identität für eine eigenständige europäische bzw. deutsche (Außen-)Politik.

Den Kurs „Chinas Aufstieg im 21. Jahrhundert“ leitet Jonas Greindberg. Auch Greindberg ist, bis auf einige andere Artikel im FPÖ-nahen „Freilich Magazin“, publizistisch kaum präsent. Auf der Plattform „X“ jedoch veröffentlicht er unter seinem Profil selbst zusammengebastelte Statistiken, die ihm zufolge eine Korrelation zwischen Ethnie und Kriminalität nahelegen. Zudem erstellt er Umfragen, welcher Typ von „European Women“ zu bevorzugen wäre.

Ein dritter „Dozent“ der „GegenUni“ ist Dr. Erik Lehnert. Lehnert war ab 2015 der wissenschaftliche Leiter des sogenannten „Instituts für Staatspolitik“. Ein ultrarechter Thinktank, der im sachsen-anhaltinischen Schnellroda beheimatet war und dieses Jahr aufgelöst wurde. Lehnert ist seitdem Chef

der rechtsradikalen Onlinezeitschrift „Sezession im Netz“. Dort veröffentlichte Lehnert bisher fast 400 Artikel. Ihre Inhalte reichen von simpler Rassenlehre über glühende Verteidigungen des deutschen Erbes bis hin zu Biografien von Figuren der sogenannten „Konservativen Revolution“. „Die Konservative Revolution“ ist auch sein Seminarthema im Rahmen der „GegenUni“. „Die Konservative Revolution“ stellt einen Sammelbegriff dar, der von dem Carl-Schmitt-Schüler und Redenschreiber von Franz-Josef Strauß Armin Mohler eingeführt wurde. Mohler versuchte damit deutsche rechtsgerichtete Intellektuelle unter einen Hut zu bringen, die nicht (zu sehr) vom Nationalsozialismus kontaminiert seien. Es ist der Versuch, einen deutschen Faschismus ohne Holocaust zu konstruieren. „Die Konservative Revolution“ ist heute ein zentraler ideologischer Bezugspunkt der sogenannten Neuen Rechten. Die drei vorgestellten Pseudodozenten sind nur ein kleiner Ausschnitt des Personenklüngels, der von Erik Ahrens gegründeten „GegenUni“.

Wer ist Erik Ahrens?

Ahrens selbst ist derzeit ein äußerst umtriebiger Netzwerker der rechtsradikalen Szene. Sein Name tauchte sowohl im Kontext der Correctiv-Recherchen zum Potsdamer Netzwerk als auch in

den Recherchen des „Y-Kollektivs“ zu einem rechtsradikalen Influencer-Netzwerk auf.¹ Dies verwundert nicht. Der Einsatz von Social-Media-Plattformen für die rechtsradikale Agitation und Propaganda ist seit jeher ein zentrales Anliegen des „GegenUni“-Gründers. So war er auch verantwortlich für die TikTok-Kampagne des ehemals AfD-Rechtsaußen Maximilian Krahe. Zudem wirft die Ex-AfDlerin und Ex-Ehefrau des AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Sichert, Roani Chaker, Ahrens auf der Plattform „X“ vor, eine zentrale Person des Potsdamer Netzwerks zu sein. Dieses Netzwerk, das durch die Correctiv-Recherchen in die Öffentlichkeit gelangte, soll einen Zusammenschluss verschiedener Rassenideolog*innen darstellen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, ihre rassistischen Überlegenheitsfantasien in den rechten und darüber hinaus in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu tragen. Namentlich sind in diesem Zusammenhang neben Ahrens auch noch die „Villa Adlon“-Besitzerin Mathilda Huss und der Däne Emil Kirkegaard zu nennen. Ahrens selbst legt von seinem Rassenwahn auf der Plattform „X“ öffentlich Zeugnis ab. In einer Auseinandersetzung mit der Identitären Bewegung wirft er diesen vor, sich als Anhänger*innen der Neuen Rechten von der Rassenideologie der alten Rechten losgesagt zu haben. Seiner Auffassung

nach sei jedoch die Genetik die Essenz des Menschen. Seine Argumentation ist dabei dermaßen stupide, dass eine Auseinandersetzung damit unwürdig erscheint. Man sollte sich jedoch aufgrund der wirren und teils skurrilen digitalen Präsenz Ahrens nicht täuschen lassen. Ahrens war von Beginn seiner rechten Karriere an bis heute eine zentrale Figur ultrarechter Social-Media-Auftritte. Der Erfolg des dahinterstehenden Social-Media-Konzepts macht ihn zu einer höchst gefährlichen Person. Sein neuestes Projekt ist eine rechte TikTok-Guerilla, die er wieder zusammen mit dem AfD-Mann Maximilian Krahe aufbaut. Dabei handelt es sich um eine Telegram-Gruppe, in die vorproduzierte Videos mit rechtsradikalen Inhalten zum Upload auf Social Media zur Verfügung gestellt werden.

Wir brauchen wirksame Gegenstrategien

Auch daran ist abzulesen, dass der rechte Kulturkampf ordentlich an Fahrt aufgenommen hat und bereits beachtliche Erfolge erzielen konnte. Es gilt, als Antifaschist*innen wirksame Gegenstrategien zu entwickeln. Diese müssten sowohl eine neue Auseinandersetzung mit Gramsci in Bezug auf die digitale Medienwelt als auch eine Aufnahme der empirischen Erkenntnisse zur Aufmerksamkeitsökonomie der Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser beinhalten. Der wichtigste Aspekt hierbei ist, denke ich, aus der defensiven Haltung herauszukommen. Den rechten und ihren damit falschen Argumentationen Kontra zu geben, reicht nicht aus. Es muss darum gehen, eigene inhaltliche Akzente zu setzen. Es gilt, der ethnischen Frage der Rechten die ökonomische Frage der Linken entgegenzusetzen.

von Emil Kronawitter

ehemals Praktikant bei der GEW Bayern



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter AJuM.de (Datenbank) oder unter LesePeter.de.

Im März 2025 erhält den LesePeter das Sachbuch

Karen Exner

Hüte und andere Kopfbedeckungen aus aller Welt

Carlsen Verlag • Hamburg 2024 • 88 S. • gebundene Ausgabe • 18,00 EUR ab 4 Jahre • ISBN 978-3-551-52291-7

Da kann man nur den Hut ziehen, vor dieser beeindruckenden Sammlung an Kopfbedeckungen über die Menschheitsgeschichte und Kulturen hinweg. Hüte können religiöse, modische oder kulturelle Zugehörigkeiten markieren oder Funktionen erfüllen. Von der Kippa über die Bärenfellmütze bis zum Fahrradhelm ist alles dabei. Eindrucksvoll und lebendig werden die Kopfbedeckungen durch die Kratztechnik mit Ölpastellkreiden inszeniert. Chapeau!

1 Nach Recherchen des Guardian ist Erik Ahrens auch international gut vernetzt: David Pegg, Tom Burgis, Hannah Devlin, Jason Wilson: Revealed: International 'race science' network secretly funded by US tech boss. [theguardian.com](https://www.theguardian.com) v. 6.10.2024

Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte

Neuwahlen im GEW-Bezirk Schwaben

Am 23. November 2024 trafen sich die Kreisverbände der GEW Schwaben zur Bezirksvollversammlung in der Reichshain-Schule in



V. l. n. r.: Manuel Bühlmaier, Katrin Fischer, Cornelia Ulrich, Ute Haid. Nicht auf dem Foto: Theresa Hofmann.

Memmingen, welche turnusmäßig auch mit Neuwahlen verbunden war. Davor richteten wir aber unseren Blick auf die Aufarbeitung der letzten Legislatur, diskutierten die Neuausrichtung unserer Arbeit und überlegten Strategien zur Wiederbelebung derzeit inaktiver Kreisverbände. Besonders in den Kreisen Kempten und Dillingen/Donau-Ries suchen wir aktive GEW-Mitglieder, die sich für die Aufgaben in den dortigen Gremien begeistern können. Falls ihr euch von diesem Hinweis angesprochen fühlt, dann nehmt doch bitte Kontakt mit uns auf und schickt dafür eine Mail an folgende Adresse: schwaben@gew.schwaben

Bei den anschließenden Wahlen bestätigten die Mitglieder der Bezirksvollversammlung den bisherigen Vorstand in seinen Positionen. Diesem gehören nun weiterhin Katrin Fischer, Theresa Hofmann, Ute Haid, Cornelia Ulrich und ich an.

von Manuel Bühlmaier

Konstituierende Sitzung des Landesausschusses Queer

Mitte Oktober letzten Jahres hat die Landesvertreter*innen-Versammlung der GEW Bayern mit überwältigender Mehrheit die Einrichtung eines Landesausschusses (LA) Queer beschlossen. Am 11. Januar 2025 hat sich der LA Queer nun in Nürnberg konstituiert. An der Sitzung haben queere GEW-Kolleg*innen aus unterschiedlichen Ecken Bayerns und aus (fast) allen Organisationsbereichen der GEW teilgenommen. Die Sitzungsteilnehmer*innen sammelten gemeinsam die Arbeitsschwerpunkte des Ausschusses für 2025. Neben der Aufklärung über queerfeindliche Sexualpädagogik und antifeministische Umtriebe möchte sich der LA Queer künftig auch verstärkt mit den psychischen Belastungen queerer Beschäftigter im Bildungsbereich auseinandersetzen. Darüber hinaus versteht sich der LA Queer als Anlaufstelle für queere Kolleg*innen, die in ihrer Ausbildungsstätte, an ihrem Arbeitsplatz oder auch innerhalb der Gewerkschaft aufgrund ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität diskriminiert werden. Außerdem stand noch die Wahl eines Sprecher*innen-Teams auf der Tagesordnung. Gewählt wurden Lea Dahms aus Passau, Christiane Fuchs aus München und Hendrik Torner aus Bamberg. Der LA Queer trifft sich im Turnus von



Für den LA Queer, der sich zur Konstituierung in Nürnberg traf, gibt es viel zu tun.

sechs bis acht Wochen regelmäßig online. (Queere) Kolleg*innen, die gerne im LA Queer mitarbeiten möchten oder Rat suchen, können sich jederzeit gerne an das Sprecher*innen-Team unter queer@gew.bayern wenden.

von Christiane Fuchs

GEW München unterschreibt offenen Brief gegen Queerfeindlichkeit

Vor wenigen Monaten verschickte die Stadt München den Leitfaden „Trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Schüler*innen an den Münchner Schulen“, auch TIN-Leitfaden genannt, an das Lehrpersonal städtischer Schulen. Erarbeitet hatte ihn das Referat für Bildung und Sport in Kooperation mit der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ*, der Gleichstellungsstelle für Frauen und der Fachstelle für Demokratie.

Die antifeministische und queerfeindliche Organisation „Demo für alle“ veröffentlichte ihn sodann auf ihrer Homepage und forderte, dass die Stadt München die Handreichung zurückziehen müsse, da sie gegen den Beutelsbacher Konsens verstoße – ein in rechten Kreisen stark bemühtes Scheinargument, sobald ihnen Positionen zur Einhaltung der Menschenrechte nicht opportun sind. Gleichzeitig spulten auch andere rechte bis rechtsextreme sowie religiös fundamentalistische und antifeministische Medien und Personen aus dem Pandemieleugner*innen-Spektrum auf all ihren Kanälen ihr bekanntes Programm der Diffamierung ab. Im Rahmen einer Kampagne setzten die Betreiber*innen der spanischen Plattform CitizenGO wie schon in vielen ähnlichen Fällen zuvor eine Petition gegen den Leitfaden auf. Auch Drohungen gegen die Urheber*innen der Hand-

lungsempfehlung, Hassnachrichten und Fake News waren Teil der Kampagne. Flankiert wurde sie von einem AfD-Antrag im Münchner Stadtrat.

Die GEW München unterzeichnete daraufhin zusammen mit anderen Organisationen einen offenen Brief, der die Solidarität mit den Herausgeber*innen des TIN-Leitfadens ausdrücken soll. Neben der GEW unterzeichneten den offenen Brief: die Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik (AGFP), die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm), das JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, pro familia München, die Mädchen*-Beratungsstelle IMMA, die Gemeinnützige Gesellschaft für soziale Quartiersentwicklung München (QuarterM), das DGB-Bildungswerk Bayern, die queere Jugendorganisation – diversity München, die Opferberatung BEFORE, die Initiativgruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung, Die Pastinaken, der Kreisjugendring München-Stadt (KJR), der Kultur & Spielraum München, die Trans*Inter*Beratungsstelle, Omas gegen rechts und CultureClouds. Den Brief könnt ihr hier nachlesen: gew-muenchen.de

von Dorothea Weniger

Gelungener Protest verzögert AfD-Parteitag



Die Proteste gegen den AfD-Parteitag in Riesa wurden von einem massiven Polizeiaufgebot begleitet.

Am Samstag, den 11. Januar 2025, folgten bis zu 12.000 Menschen dem Aufruf des Bündnisses „Widersetzen“, das diverse Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag in Riesa organisiert hatte. Auch die GEW-Bundesebene rief zu friedlichen Protesten auf: „Jahrelang wurde die AfD verharmlost und konnte sich dadurch im öffentlichen Raum etablieren. Doch die AfD ist nicht ‚harmlos‘. Sie ist eine in Teilen gesichert rechtsextreme Partei – mit einem faschistischen Flügel.“

Die Polizei versuchte mit einem Großaufgebot die Proteste einzudämmen und durchleuchtete bereits ab 6 Uhr morgens stichpunktartig erste Busse mit Demonstrierenden. Gegen 7 Uhr waren schon über 1.000 Protestierende im Stadtgebiet. Die Polizei, die behauptete, Demonstrant*innen zu allen angemeldeten Versammlungen durchzulassen und nur unzulässige Blockaden zu verhindern, handelte dann doch anders: Antifaschist*innen, die vom Bahnhof kommend in die Innenstadt wollten, versperrte sie über eine Stunde lang den Weg. Zum Bahnhof zurück konnten diese auch nicht, denn ab 9.30 Uhr fuhr zum einen ein Wasserwerfer durch die Demonstration, zum anderen ver-

weigerten behelmte bayerische USK-Einheiten den Durchlass dorthin. Diese Pattsituation hielt für gut eine Stunde an.

Außerhalb der Stadt waren da bereits einige Zufahrtsstraßen blockiert. Ein fahrlässiger Einsatz mit einem Polizeihund ging am selben Tag noch viral: In einem Video war zu sehen, wie ein Polizist einen bissigen Hund in einen Demonstranten drückt, der mit dem Rücken zu einer Leitplanke steht.

Weitere Blockaden sorgten für einen großen Stau vor Riesa und für massive Verzögerungen bei der Eröffnung des AfD-Parteitages: Die Delegierten der rechten Partei kamen nicht zum Veranstaltungsort durch. Auch ein Auto der AfD wurde von Demonstrierenden blockiert. Um es durch den Protest zu bringen, setzte die Polizei hier Pfefferspray und Schlagstöcke ein.

Um 10.30 Uhr erreichte der große Demonstrationszug vom Bahnhof die Bühne, die vor dem Tagungsort der AfD aufgebaut war und wo bereits seit früh morgens Redner*innen und Musiker*innen gegen rechts auftraten. Der AfD-Bundesparteitag konnte aufgrund der Blockaden erst um 12.15 Uhr mit mehr als zwei Stunden Verspätung beginnen. Die Polizei führte indes weitere Räumungen durch, wobei sie Protestierende auch rabiat von der Straße drängte.

Die Nachricht, dass nachmittags der sächsische Landtagsabgeordnete Nam Duy Nguyen von einem Polizisten gezielt angegriffen und ins Gesicht geschlagen wurde, obwohl er sich als parlamentarischer Beobachter zu erkennen gab, sorgte für Bestürzung. Später leitete die Polizei Dresden ein Ermittlungsverfahren gegen den Polizisten wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt ein.

Gegen 16 Uhr endeten die Versammlungen in der Stadt, auch alle Blockaden waren aufgelöst oder geräumt. Das Bündnis „Widersetzen“ zog im Nachhinein folgendes Fazit: „Wir konnten den Normalbetrieb der AfD nachhaltig stören: Denn noch nie wurde ein Parteitag der rechtsextremen AfD so stark verzögert. Ob in Riesa oder irgendwo anders: Faschistische Politik darf nie unwidersprochen bleiben.“

von Hendrik Torner

GEW und Wissenschaft diskutieren über Klassismus

In allen Berufen, auch an der Universität, findet Benachteiligung und Diskriminierung aufgrund von Herkunft oder Zugehörigkeit zu einer unteren oder niedrigeren sozialen Klasse statt. Im Rahmen der Menschenrechtswoche an der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt (THWS) diskutierten auf Einladung des Lehrstuhls für Soziologie und der GEW Betroffene und Gewerkschafter*innen die Ursachen von Klassismus und mögliche Gegenmaßnahmen. An den Vortrag „Klassen-Arbeit: Wie wirkt soziale Ungleichheit auf unser Arbeitsleben – und was können berufliche Interessenverbände dagegen tun?“ schloss sich eine Podiumsdiskussion an.

Dr. Ricardo Altieri, Vorsitzender der GEW Würzburg, stellte die aktuelle Diskussion über Klassismus vor. Eindrücklich erläuterte er, wie weit verbreitet dieses Phänomen ist und wie es auch den beruflichen Lebensweg beeinflusst. Anhand von Beispielen wurde deutlich, dass dabei auch internalisierte Phänomene wie Scham eine wichtige Rolle spielen. Ein wichtiger erster Schritt gegen Klassismus sei es, die Situation zu erkennen und miteinander solidarisch zu sein.

Nach dem Vortrag wurden die Überlegungen zu Klassismus in einer Podiumsdiskussion vertieft. Auf dem Podium saßen Dominik Liebig vom Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) und B. A. Soziale Arbeit, die unterfränkische DGB-Jugendsekretärin Franziska Müller, die ver.di-Kollegin und Diplom-Sozialpädagogin Silke



V. l. n. r.: Prof. Dieter Kulke, Dominik Liebig, Franziska Müller, Regina Weisath, Silke Trost und Ricardo Altieri. Foto: Jörg Nellen

Trost und die Studentin im Master Soziale Arbeit an der THWS Regina Weisath, die auch Mitglied des DBSH ist. Prof. Dr. Dieter Kulke, Professor für Soziologie an der Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften der THWS, moderierte die Runde.

In der Diskussion wurde deutlich, wie wichtig Interessenvertretungen in der Sozialen Arbeit sind. Sowohl der Berufsverband DBSH als auch die Gewerkschaften ver.di und GEW treten für soziale Gerechtigkeit und Solidarität ein; einerseits in Tarifverhandlungen, andererseits auch in Form von politischer Lobbyarbeit, oft im Schlichterschluss mit den Wohlfahrtsverbänden und der Sozialen Arbeit. Ein eindrückliches Beispiel ist der gemeinsame Einsatz für ein Zeugnisverweigerungsrecht (zeugnis-verweigern.de). Weitere wichtige Leistungen der Gewerkschaften und des DBSH sind Rechtsberatungen.

Als Ergebnis der Moderation hielt Prof. Dr. Dieter Kulke fest, dass Klassismus ein zunehmend wichtiges Thema der Sozialen Arbeit sei. Dies betreffe auch die Lehre und die Zusammenarbeit mit Studierenden. Und da Soziale Arbeit als akademisches Fach quasi einen Mittelschichtbias habe, sei es wichtig, mögliche klassistische und diskriminierende Mechanismen nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in der Sozialen Arbeit selbst zu erkennen, zu reflektieren und Maßnahmen dagegen zu entwickeln.

von Jörg Nellen

Die GEW verlässt die Plattform X

Der GEW-Hauptvorstand, die GEW Bayern und zahlreiche andere Landesverbände verließen im Januar die Social-Media-Plattform X (ehemals Twitter). Gründe für diese Entscheidung gibt es viele. So ist das Communitymanagement aufgrund rechter Hetze und Diskriminierung unerträglich geworden. Um sachliche Diskussionen geht es auf X schon lange nicht mehr. Der Algorithmus, der die Timeline der Nutzer*innen zusammenstellt, hat die GEW-Inhalte zuletzt stark abgestuft, die Reichweite sank trotz vieler Follower*innen deutlich. Die Wahlwerbung von Elon Musk für die AfD brachte zuletzt das Fass zum Überlaufen.

Der GEW-Hauptvorstand zog deshalb folgerichtig wie viele andere Organisationen und Verbände zu Bluesky um. Dafür gibt es folgenden Handle: @gew.de URL: bsky.app/profile/gew.de

Die GEW Bayern empfiehlt auch allen anderen bayerischen Untergliederungen X zu verlassen.

von Dorothea Weniger

Die GEW-Landesfachgruppe Gymnasien lädt alle interessierten Gymnasialkolleg*innen zu ihren nächsten Treffen

am 29.3. in Nürnberg und
am 28.6. in München ein

Wir tauschen uns vierteljährlich über verschiedene schul- und gewerkschaftspolitische Themen aus.

Wann: jeweils von 10.30 bis 16.00 Uhr
Anmeldeschluss: jeweils 1 Woche vor den Treffen
Anmeldung bei Florian Gmeiner: Florian.Gmeiner@gew.bayern
Wir freuen uns auf neue Gesichter!

Forschungsverbund gegen Rechtsextremismus hat seine Arbeit aufgenommen



Prof. Martina Ortner (links) und Prof. Clarissa Rudolph (rechts; beide Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg) stellten im Oktober letzten Jahres den Forschungsverbund „ForGeRex“ einem großen Publikum vor.

Letztes Jahr wurde ein bayerischer Forschungsverbund mit dem Titel „Gegenwartsanalysen, Erinnerungspraxis und Gegenmaßnahmen zum Rechtsextremismus in Bayern“ (ForGeRex; forgerex.de) gegründet. Er besteht aus neun Teilprojekten, die vier Jahre lang vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert werden. Interdisziplinär erforschen Wissenschaftler*innen die Erscheinungsformen, Ideologien und Strategien extrem rechter Akteur*innen in Bayern und nehmen diese aus der Perspektive ihrer einzelnen Fachrichtungen gemeinsam in den Blick. Dabei sollen auch wirksame Gegenstrategien entwickelt werden. Mit dabei sind neun Hochschulen und zwei Forschungseinrichtungen aus der Soziologie, der Politik-, Kommunikations- und Gesellschaftswissenschaften sowie der Sozialen Arbeit, der Medien- und Technikphilosophie, der Kunstpädagogik, der Historischen Wissenschaft, der Political Data Science und aus den Rechtswissenschaften.

Am 10. Oktober 2024 stellten Prof. Martina Ortner und Prof. Clarissa Rudolph den Verbund bei einer Auftaktveranstaltung an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg (OTH Regensburg) der Öffentlichkeit vor. Danach beleuchtete Prof. Christoph Kopke von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin in seinem Vortrag die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen der Forschung zu Rechtsextremismus.

Heike Kleffner vom Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. sprach in ihrem Vortrag über die Herausforderungen des transdisziplinären Austauschs. Gemeint ist damit der Austausch zwischen Wissenschaft und nicht akademischer Zivilgesellschaft. Vertieft wurde dieser Ansatz bei einer anschließenden

Podiumsdiskussion, an der Robert Andreasch von a.i.d.a. e. V., Nicola Hieke von der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in Bayern, Jessica Hoyer, wissenschaftliche Mitarbeiterin in ForGeRex an der OTH Regensburg, und Dr. Britta Schellenberg von der Ludwig-Maximilians-Universität München, die bei ForGeRex die Projektleitung innehat, teilnahmen. Begleitet wurde die Veranstaltung von einer Ausstellung zu den einzelnen Forschungsschwerpunkten.

In den nächsten DDSen wollen wir in loser Reihenfolge immer wieder einzelne Forschungsschwerpunkte aus dem Verbund vorstellen. In der hier vorliegenden DDS machen wir mit dem Artikel „Antifeministische und queerfeindliche Einflüsse auf Soziale Arbeit“ von Dr. Katrin Degen und Len Schmidt den Anfang (Seite 6).

von Dorothea Weniger

Wir nehmen Abschied von Günther Schedel-Gschwendtner

einem großartigen Menschen und engagierten Gewerkschafter

29.09.1946 - 24.12.2024



Foto: Karin Just

Günther gründete Anfang der 90er-Jahre das sozialpädagogische Büro der GEW und war der erste hauptamtliche Gewerkschaftssekretär für sozialpädagogische Berufe in Bayern. Heute habe ich die Ehre, in diesem Büro zu arbeiten und fortzuführen, was Günther begonnen hat. Im Namen der GEW verabschiede ich einen großen Mitstreiter. Günther hat wie nur wenige die Bildungs- und Tarifpolitik der GEW geprägt.

Der Bildungspolitiker

Das Menschenrecht auf Inklusion war Günthers Herzensanliegen. Er träumte von einer Gesellschaft, in der alle gleichberechtigt teilhaben können, und trieb die GEW als Inklusionsgewerkschaft entschlossen voran.

Nicht nur „Eine Schule für alle“, auch eine „Kita für alle“ waren Günthers Ziel. Er hatte die Fähigkeit, den Finger in die Wunde zu legen, und sprach dabei in einer Klarheit, die oft aufrüttelte. So nannte er 2005 das neue bayerische Kita-Gesetz eine „Verwüstung der bayerischen Kita-Landschaft“. Für ihn war klar: Dieses Gesetz verhindert systematisch Inklusion – und Günther hatte recht.

Auch die Schule ließ er bei seiner Kritik nicht aus: „In wenigen Bundesländern herrscht ein so perfekt

gegliedertes Auslesesystem Schule und spiegelbildlich ein quasi hermetisches Sondersystem für die von Regelschulen Ausgeschlossenen und Links-liegen-Gelassenen.“

Günther war direkt, leidenschaftlich und oft in Rage – aber immer mit dem Ziel, etwas zu verbessern. Er kämpfte früh für einen guten Ganzttag, lebenswelt- und sozialraumorientiert. Auch die Schulsozialarbeit war eines seiner Anliegen, ebenso wie die Bedeutung der Hortpädagogik: „Horte haben die einzige entwickelte Pädagogik dieses Lebensalters.“

Der Gewerkschafter

Günther war Bildungspolitiker **und** ein engagierter Gewerkschafter – eine seltene und gute Mischung. Für ihn waren die Arbeitsbedingungen der Kolleg*innen immer auch die Lernbedingungen der Kinder und Jugendlichen. Dass Arbeitsbedingungen daher in Tarifverträgen geregelt werden müssen, als „tarifizierbare Arbeitsbedingungen“, wussten alle, die Günther kannten. Er war tarifpolitisch äußerst aktiv und hinterließ eine beeindruckende Reihe von Haustarifverträgen. Auch die bundesweiten Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst gehörten zu seinen Schwerpunkten.

Günther kämpfte jedoch nie allein. Er war bestens über die GEW hinaus vernetzt und gleichzeitig in zahlreichen Gremien der GEW aktiv – auf Kreis-, Landes- und Bundesebene. Viele seiner Mitstreiter*innen begleiten mich noch heute.

Auch seine persönliche Seite bleibt unvergessen: Günther hatte immer sein kleines Notizbuch und einen Bleistift bei sich, denn, wie er mir einmal erzählte, ihm kamen die besten Ideen für Forderungen morgens nach dem Aufwachen. Bei den Fachgruppentreffen im Gewerkschaftshaus durften die Äpfel aus seinem Garten nie fehlen – so lernte ich ihn kennen. 2017 sagte er zu mir: „Mario, wenn Du diesen Job machst, brauchst Du einen Garten.“ Einige Jahre später besuchte er mich in meinem frisch erworbenen Garten, denn Günther hatte mit seinem Rat recht. Er brachte einen sehr feinen Obstbrand mit – natürlich aus seinem eigenen Obst.

Wir verlieren mit Günther einen außergewöhnlichen Menschen, dessen Engagement uns mahnt, nie aufzuhören, für das Richtige zu kämpfen.

Lieber Günther, herzlichen Dank für alles!

Der Text ist ein Auszug aus der Trauerrede vom 3. Januar 2025, die **Mario Schwandt**, Gewerkschaftssekretär Sozialpädagogische Berufe, hielt.

Wir nehmen Abschied von Karin Just

5.10.1950 - 25.1.2025



Karin Just war Kollegin und Freundin und prägte über Jahrzehnte die GEW Bayern. Geboren in Rosenheim schloss sie dort nach der Schule eine Ausbildung zur Werbekauffrau ab. Danach wechselte sie mehrfach ihren Arbeitsplatz, nicht immer aus freien Stücken. Oft waren es ihre gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Aktivitäten, die Arbeitgeber gegen sie aufbrachten. 1973 trat Karin der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen bei. Später wurde sie als Pharma-referentin Mitglied der IG Chemie.

1988 erfüllte sich Karin einen großen Wunsch: Sie studierte an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Von dem Wissen, das sie sich dort in den Bereichen Wirtschaft und Soziologie aneignete, profitierte auch die GEW Bayern. So forderte Karin als DDS-Redaktionsleiterin immer wieder Artikel zu den „ökonomischen Verhältnissen“ ein, da diese für sie die Wurzel aller sozialer Ungerechtigkeit waren.

Nach Abschluss des Studiums zog Karin 1992 nach München. Ein Jahr später kam sie zur GEW Bayern. Sie begleitete das Volksbegehren „Bessere Schulen“ und engagierte sich in den Landesgremien, nachdem sie Schatzmeisterin der GEW Bayern geworden war. Nicht nur dort brachte sie sich stets mit kühlem Kopf, aber immer auch mit viel Empathie ein. Karin war durch und durch eine solidarische Gewerkschafterin. Sie zeigte Haltung und viele erlebten sie in dieser Hinsicht auch als streitbar. 1996 wurde Karin Organisationssekretärin. Fortan steckte sie all ihre Energie in die Kontakt- und

Vertrauensleutearbeit und unterstützte die Betriebsrats- und Personalratswahlkämpfe. Kaum eine Broschüre, kaum ein Plakat oder Flyer trug nicht ihre Handschrift.

Im Austausch argumentierte Karin gradlinig, politisch klar und engagiert. Ihre stets offene Bürotür in der GEW-Geschäftsstelle lud zum Gruß oder Gespräch ein. GEW-Kolleg*innen begleitete Karin bei fast allen Münchner Aktionen, Demos und Kundgebungen. Mit ihrer Kamera hielt sie die Ereignisse mit sicherem Auge für uns fest. Mit der Übernahme der DDS-Redaktionsleitung im Jahr 2002 ging ein weiterer Traum von Karin in Erfüllung. Sie liebte die Redaktionsarbeit und genoss das Arbeiten im Team.

Neben all dem war Karin auch ein sinnlicher Mensch. Sie ging ins Kino und Theater, besuchte Konzerte. Sie kochte gern und zu Weihnachten buk sie Unmengen Plätzchen für andere, doch sie verwöhnte auch sich selbst. Jeden Abend eine Zigarette und ein Glas Wein, dazu ein interessantes Buch – für Karin ein Ritual und wichtiger Teil ihres selbstbestimmten Lebens. Um dieses Leben bis zuletzt aufrechterhalten zu können, trieb Karin diszipliniert Sport: Zweimal in der Woche Krafttraining und eine Stunde Fahrradfahren pro Tag gaben ihr hier Sicherheit.

Karin war die letzten Jahre sehr krank. Doch sich ins Private zurückzuziehen, war für sie keine Alternative. Sie war eine der ersten, die vor rechten Umtrieben warnte und sich aktiv dagegenstellte. Neben dem Aushalten der vielen Krankheiten trug Karin schwer an den politischen Verhältnissen der letzten Jahre. Zuletzt bereiteten ihr die weltpolitischen Ereignisse mit Krieg und zunehmender Militarisierung große Sorgen. Sie wünschte sich so sehr Frieden.

Mit Karins Tod haben wir einen hochpolitischen, überaus kritischen Menschen verloren. Sie wird uns sehr fehlen. Ihr Lachen und ihr Kampfgeist werden aber noch lange nachhallen und uns dabei unterstützen, in ihrem Sinne weiterzugehen und uns ebenfalls für die Ziele einzusetzen, die für Karin die wichtigsten waren: Gerechtigkeit und Frieden.

von Doro Weniger
DDS-Redaktionsleiterin

Meine Erinnerungen an Karin

1991 wurde ich in den Landesvorstand der bayerischen GEW gewählt, verantwortlich für Bildung. Und ein Jahr später hauptamtlich als Organisationssekretär für diesen Bereich angestellt. 1993 beschloss die LVV die Durchführung des Volksbegehrens „Bessere Schulen“.

Um diese Zeit muss es gewesen sein, dass es an der Tür meines Büros in der Geschäftsstelle klopfte und Karin eintrat. Es war unsere erste Begegnung. Karin erzählte mir, dass sie ein Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik abgeschlossen habe, eigentlich aus Rosenheim komme, nun aber in München wohne und auf der Suche nach einer Beschäftigung sei. Aktuell habe sie Zeit und würde gerne ehrenamtlich in der bayerischen GEW mitarbeiten, auch vor dem Hintergrund ihrer vorhergehenden jahrzehntelangen gewerkschaftlichen und betriebsrätlichen Aktivitäten.

Und ehrenamtliche Unterstützung konnte und kann die GEW immer gebrauchen. Das heißt, seitdem war Karin in der bayerischen GEW aktiv – und wie!

Wenn ich mich recht erinnere, arbeitete sie anfänglich hauptsächlich für den Erfolg des oben erwähnten Volksbegehrens. 1996 kandidierte ich zum Landesvorsitzenden – gegen den damaligen Amtsinhaber – und Karin unterstützte meine Kandidatur nicht nur, sondern kandidierte selbst auch: als Schatzmeisterin. Nicht aus Neigung, sondern der Not gehorchend, aus Mangel an einer Kandidatin, eines Kandidaten für dieses Amt. Beide wurden wir gewählt. Und arbeiteten die nächsten neun Jahre im Landesvorstand zusammen, Karin später nicht mehr als Schatzmeisterin, sondern als Verantwortliche für die DDS.

In diesem Zusammenhang geriet unser Verhältnis in eine Krise, da ich ihr anfänglich dieses Amt nicht zutraute. Aber schon bald musste ich mir meinen Irrtum eingestehen und Karin Abbitte leisten. Autodidaktisch hatte sie sich die Fähigkeit zur Gestaltung der DDS

angeeignet und gleichzeitig leitete sie hoch kompetent die Redaktion. Ich bin sehr froh, dass Karin und ich uns bald wieder versöhnt und gut verstanden haben.

Mit hohem Respekt und sehr traurig verabschiedete ich mich hier von Karin. Mit hohem Respekt deswegen, weil ich wenige Menschen kenne, die so konsequent wie Karin für eine bessere Welt eintreten, ohne Rücksicht auf persönliche Nachteile.

„Lieber verdiene ich mein Geld mit einfachen Tipparbeiten“, sagte sie mir einmal, „als eine besser bezahlte Tätigkeit anzunehmen, mit der ich mich nicht identifizieren kann.“

Sehr traurig bin ich deswegen, weil wir uns in den letzten Jahren leider ziemlich aus den Augen verloren haben. Und nun die Gelegenheit für eine Begegnung unwiederbringlich vorbei ist.

von Schorsch Wiesmaier

ehemaliger Landesvorsitzender
der GEW Bayern (1996-2005)

Die GEW Nürnberg lädt ein zu einer Veranstaltung in Nürnberg 500 Jahre „Bauernkrieg“ – Nürnberg 1524/25

Die zwölf Artikel der Bauern, Dürer, Thomas Müntzer,
Nürnberg 1524/1525

Mit: **Dr. Doris Zeilinger, Dr. Walter Bauernfeind, Dr. Thomas Gilger, Dr. Annette Scherer, Eddy Kucharzewski**

Wann: **Samstag, 24. Mai 2025**, 10.00 bis 16.00 Uhr

Wo: **Heilig-Geist-Saal Nürnberg**

und: **Fahrt nach Frankenhausen**

Wann: **Sonntag, 25. Mai 2025**, Abfahrt 8.00 Uhr

Anmeldeschluss zur Fahrt: **30. April 2025** unter
anmeldungen@gew-nuernberg.de

Jetzt den Newsletter zur Politik der Senior*innen im DGB bestellen

Der DGB, Abteilung Sozialpolitik, stellt einen Newsletter für Senior*innen bereit. Er informiert ungefähr alle zwei Monate über gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Themen für und von Senior*innen. Es geht dabei um die Arbeit des Bundesarbeitskreises der Senior*innen, in dem die Mitgliedsgewerkschaften und die DGB-Bezirke zusammenarbeiten. Zudem gibt es Veranstaltungshinweise usw.

Anmelden könnt ihr euch hier: dgb.de/newsletter

- Trage deine E-Mail-Adresse ein.
- Setze ein Häkchen bei „Infobrief Senior*innenpolitik“ und bei „Einwilligung der Datenverarbeitung“.
- Du erhältst dann eine E-Mail, die du unbedingt bestätigen musst, indem du den Link darin anklickst. Es öffnet sich dann ein Fenster und teilt dir mit, dass du jetzt dabei bist. Viel Spaß!

Eure DDS-Redaktion

Das Büro für Lebenserfahrung lädt ein zu Kaffeeklatsch im „Café Kaffeezeit“

mit

- türkischen und deutschen Köstlichkeiten
- Frühstück und Brunch
- Kaffee und Tee
- Sekt oder Selters
- köstlichen Kuchen

Toto (Treffen ohne Tagesordnung)

Gespräche unter Kolleg*innen

**Was wir uns schon immer einmal erzählen wollten,
wofür aber nie Zeit und Gelegenheit war.**

Wann: **Mittwoch, 9. April 2025** von 11.00 bis ca. 14.00 Uhr

Wo: **„Café Kaffeezeit“ in Nürnberg, Pillenreuther Str. 59**

U-Bahn 1 oder Tram 5, 6, 10 und 11 zum Aufseßplatz

Anmeldeschluss: **26. März 2025**

bei Helmut Steiner, Lebenserfahrung@gew-nuernberg.de

Teilnahmebegrenzung: **20 Teilnehmer*innen** in der Reihenfolge der Anmeldungen

Veranstaltungstermine des DGB-Bildungswerks

Donnerstag, 20.3.2025, 18.30 – 20.30 Uhr
Schöne neue Arbeitswelt?
Zur politischen Ökonomie der Künstlichen
Intelligenz. Vortrag mit Diskussion

Referent: **Dr. Peter Schadt**, Arbeitssoziologe
Wo: Münchner Aidshilfe
Weitere Infos und Anmeldung: bildungswerk-bayern.de/muenchenprogramm/seminare/c202-25-1

Samstag, 22.3.2025, 10.30 – 17.00 Uhr
Herrschaft im Neoliberalismus – Die
politische Praxis der Rackets. Tagesseminar

Referent: **Dr. Kai Lindemann**, Geschäftsführer des Berliner Arbeitslosenzentrums
Wo: Münchner Aidshilfe
Anmeldung: politische.bildung@bildungswerk-bayern.de, weitere Infos: bildungswerk-bayern.de/politische-bildung

Dienstag, 1.4.2025, 20.00 – 21.30 Uhr
Der postliberale Kapitalismus: Renationalisierung – Krise – Krieg. Online-Vortrag

Referent: **Ingar Solty**, wissenschaftlicher Referent bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Weitere Infos und Anmeldung: <https://www.bildungswerk-bayern.de/muenchenprogramm/seminare/c203-25-1>

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (*) ersetzt.

Altötting Treffen nach Vereinbarung. *

Kontakt: Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

Aschaffenburg/Miltenberg *

Kontakt: Manuel Hoffmann, manuel.hoffmann@gew.bayern

Augsburg * Kontakt für Lehrkräfte: Katrin Fischer, vertretung@gew-augsburg.de, mobil: 0176 45506534
HSG-Treffen mittwochs, 18.00 Uhr, GEW-Büro, Schaezlerstraße 13 ½, Augsburg

Bad Tölz/Wolfratshausen

Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr
Kontakt: Gisa Pfnuer-Reichert, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

Bamberg Treffen jeden dritten Donnerstag im Monat im »Café Luitpold«, 19.00 Uhr
Kontakt: ☎ 0177 8502731, hendrik.torner@gew.bayern
aktuelle Infos auf Facebook oder Instagram unter [gew_bamberg](https://www.instagram.com/gew_bamberg)

Bayern Beratung für (zukünftige) Auslandslehrkräfte, Georg Michael Schopp, gm.schopp@ag-al.de
Oliver Manger, oliver.manger@ag-al.de

Bayreuth/Kulmbach Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien), 19.00 Uhr, Gaststätte »Plektrum«, Bayreuth, Moritzhöfen 29
Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

Coburg Nächstes Treffen wird per Mail angekündigt
Kontakt: Jürgen Behling, kv-cokclif@gew.bayern

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

Erlangen jeden Montag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 18.00 - 19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,
Kontakt: ☎ 09131 2065462, info@gew-erlangen.de, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

Freising * Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

Fürstfeldbruck/Dachau *

Kontakt: Özge Tuna-Kerestecioğlu, t-gew@web.de

Hof-Wunsiedel Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Donau

Kontakt: Andrea Oberhofer@gew.bayern

Kempten/Oberallgäu

Kontakt: schwaben@gew.bayern

Landshut/Westliches Niederbayern * Offenes Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, 18.30-20.00 Uhr, Café International, Am Orbankai 4, Landshut
Kontakt: Markus Weinberger, landshut-westliches-niederbayern@gew.bayern

Lindau * Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183* gew-gerold@web.de

Main-Spessart * Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768 oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

Memmingen/Unterallgäu * Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756, gew-unterallgaeu@gmx.de

Mittelfranken Sprechstunde nach Vereinbarung, Luisenstr. 2, 90762 Fürth

Kontakt: ☎ 0911 25327631, mittelfranken@gew.bayern

München Fachgruppe Berufliche Schulen *

Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen

Termine: gew-muenchen.de
Kontakt: Sven Plötz, sven.ploetz@web.de

München Fachgruppe Gymnasien *

Kontakt: Michael Hatala, michael.hatala@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung

Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschulforschung/huf/
Kontakt: huf@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen * Kontakt: Susanne Brauneck, susanne.brauneck@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de/fachgruppen/schule/foerderschulen
Kontakt: Siegfried Grob, siegfried.grob@gew.bayern

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe

Treffen nachfragen * sozpaed@gew-muenchen.de
Programm: www.gew-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute

monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, *
Kontakt: Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

München GEW-Seniorinnen und Senioren

Jour-fixe-Termine nachfragen *
Kontakt: Irene Breuning, ☎ 089 7853746

Neumarkt/Oberpfalz

Treffen nachfragen* Kontakt: sigrid-schindler@web.de

Neu-Ulm/Günzburg

Treffen: monatlich,* Gasthaus Lepple, Vöhringen
Kontakt: Claudia Heißwolf, ☎ 08337 9680
hei.bei@t-online.de

Nordoberpfalz Jeden 4. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten *
Kontakt: Joachim Lehmann, nordoberpfalz@gew.bayern

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen *

Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe

Monatliche Treffen.
Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken

Treffen nachfragen*
Kontakt: K. Hübner: khoebner@posteo.de und
F. Kohl: florian.kohl@gew.bayern

Nürnberg/Fürth offener Stammtisch für alle Fachgruppen *

Kontakt: Stefan Merten, Petra Wachter, mittelfranken@gew.bayern

Nürnberg Büro für Lebenserfahrung

Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de
Kontakt: Helmut Steiner, ☎ 0911 7871549, ts.leh@gmx.de

Nürnberger Land * Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064, gerd.schnellinger@gew.bayern

Passau/Östliches Niederbayern Treffen alle zwei Monate

Kontakt: Lea Dahms, kv-passau@gew.bayern

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat

19.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im »Stefanos«, Ostengasse 16 (»Brandlbräu«),
Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien von 18.00-19.00 Uhr im Büro in der Obermünsterstr. 4, Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

Roth/Schwabach/Hilpoltstein *

Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

Schwandorf *

Kontakt: Matthias Haberl, kv-schwandorf@gew.bayern

Schweinfurt jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755, manfred.schwinger@asamnet.de

Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen *

Kontakt: Bärbl Schweiger-Gruber, wm-sog-gap@gew.bayern

Weißenburg (Mfr.) *

Kontakt: Harald Morawietz, harald.morawietz@t-online.de

Würzburg monatliche Treffen, *

19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de